



: Jugendpolitische Forderungen des Hessischen Jugendrings zur Landtagswahl 2023

Beschlossen am 19. November 2022
von der Vollversammlung des Hessischen Jugendrings



Hessischer
Jugendring



: Inhaltsverzeichnis

- 4 Vorwort
- 6 Sicherheit und Unterstützung für die ehrenamtliche Jugendarbeit in Hessen
- 8 Engagiert für Nachhaltigkeit – die Klimakrise ernst nehmen
- 10 Mehr Gerechtigkeit in der schulischen Bildung
- 12 Ganztagsgrundschule kindgerecht gestalten
- 14 Engagement fördern und ehrenamtliche Strukturen stärken
- 16 Für eine moderne Jugendmedienpolitik und digitale Angebote der Jugendarbeit
- 18 Mehr Jugendarbeit für Hessen
- 20 Prävention und Schutz für Kinder und Jugendliche gewährleisten
- 22 Mentale Gesundheit von jungen Menschen fördern
- 24 Jugendbeteiligung stärken und Wahlalter senken
- 26 Gleiche Chancen für alle – Kinder- und Jugendarmut bekämpfen
- 28 Partizipation, Empowerment und rassismuskritische Veränderungen ermöglichen
- 30 Mehr Angebote der queeren Jugendarbeit
- 32 Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit sicherstellen
- 34 Teilhabe junger Geflüchteter stärken
- 36 Mit politischer Bildung Demokratiegefährdungen entgegenwirken
- 38 Impressum

Für unsere Interessen in den Ring

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben eigene Interessen. Ihre Erfahrungen, Bedürfnisse, Fragen und Erwartungen in der Gegenwart unterscheiden sich von denen aller älteren Generationen. Darüber hinaus haben junge Menschen Erwartungen an die Zukunft.

Wenn man sich für die Interessen junger Menschen interessiert und erfahren will, wie sie Gegenwart und Zukunft sehen, muss man ihnen lediglich zuhören. Junge Menschen sind dabei gute Beobachter_innen ihrer Welt und können Dinge ins Licht rücken, die sonst ungesehen bleiben. Alain (17) vertrat im Landesheimrat Hessen während der Pandemie die Interessen von Kindern und Jugendlichen in der stationären Jugendhilfe. Er sah deren Rechte auf Bewegungsfreiheit und Kommunikation eingeschränkt und hat dies zum Thema gemacht. In Gesprächen mit Politiker_innen musste er feststellen, dass diese keine Vorstellungen von den Einschränkungen für Jugendliche hatten, die von der Politik beschlossen wurden. Lars (26) lenkte als Delegierter der Vollversammlung des Hessischen Jugendrings in 2022 die Aufmerksamkeit auf die mentale Gesundheit von Jugendlichen. Da die aktuellen gesellschaftlichen Krisen besonders für junge Menschen zu psychischen Belastung werden, braucht es hierfür mehr Sensibilität und vor allem Hilfsangebote. Hilal (19) nahm am HOP! Landesjugendkongress 2022 teil und forderte zum Abschluss des Kongresses u. a. dazu auf, den ÖPNV in Hessen mit Blick auf die Mobilität von Jugendlichen schneller und besser auszubauen. Junge Stimmen formulieren junge Interessen.

Bei der Landtagswahl in Hessen im Herbst 2023 dürfen etwa eine Million Menschen nicht wählen, weil sie minderjährig sind.

Interessen haben sie trotzdem und ihre Anliegen sind berechtigt. Natürlich sind nicht alle jungen Menschen gleich und natürlich sind ihnen unterschiedliche Dinge wichtig. Gemeinsam ist ihnen aber, dass sie nicht übersehen und überhört werden wollen. In den hessischen Jugendverbänden engagieren sich viele von ihnen, um sich eine Stimme zu geben. Jugendverbände und Jugendringe sind Organe, über die sich junge Menschen äußern und einbringen. Landtagswahlen sind ein wichtiger Moment, um Entscheidungen für die Gegenwart und die Zukunft des Zusammenlebens in Hessen zu treffen. Der Hessische Jugendring bündelt zur Landtagswahl daher die Stimmen junger Menschen in den hessischen Jugendverbänden und positioniert sich mit den „Jugendpolitischen Forderungen“. Damit soll verschiedenen Themen Aufmerksamkeit verschafft werden. Auch hier spielen Mobilität, mentale Gesundheit und Partizipation eine Rolle. Aber junge Menschen haben auch Interesse an guter Bildung, Teilhabe für alle und einem Zusammenleben ohne Nazis.

Die Jugendpolitischen Forderungen sind unser Beitrag zu einer Landespolitik, die die artikulierten Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einbezieht.

Wir freuen uns auf den Dialog, die Auseinandersetzung und eine gute Jugendpolitik für Hessen.

Dafür steigen wir in den Ring!

Mario Machalett, Gregor Gallner, Andreas Kaufmann, Sarah Tolba, Nadine Wacker
Vorstand des Hessischen Jugendrings



**LASST JUGEND
ENTSCHEIDEN!**

**SCHAFFT MEHR
JUGENDANGEBOTE!**

**SCHÜTZT ENDLICH
DEN PLANETEN!**

**GEBT DEM
EHRENAMT
MEHR ZEIT!**

**BAUT
BARRIEREN AB!**

: Sicherheit und Unterstützung für die ehrenamtliche Jugendarbeit in Hessen

Intensive Beziehungsarbeit, Austausch und Aushandlungsprozesse unter Gleichaltrigen, Selbstwirksamkeit erfahren, Demokratie lernen, Handlungskompetenzen entwickeln, Verantwortung übernehmen, ehrenamtlich aktiv werden, sind einige der Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit der Jugendverbände in Hessen. Gerade in den letzten drei Jahren ist die Bedeutung und auch die Belastbarkeit der Jugendarbeit für junge Menschen und der ehrenamtlichen Strukturen, die sie gestalten sehr deutlich geworden.

In den letzten drei Jahren gab es verschiedene neue Herausforderungen: es entstanden neue Arbeitsweisen in der Jugendarbeit, der Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen konnte unter den erschwerten Bedingungen gehalten werden, mit einem permanenten „Fahren auf Sicht“ wurde auf sich nahezu wöchentlich veränderte Situationen reagiert, Projekte und Angebote für geflüchtete junge Menschen, zum Beispiel aus der Ukraine, wurden geschaffen und mit dem Programm „Aufholen nach Corona“ wurden zusätzliche Angebote bereitgestellt. Daran fast nahtlos anschließend besteht nun mit der starken Preisentwicklung und der Energiekrise die nächste Herausforderung für die Jugendverbandsarbeit in Hessen und ihre ehrenamtlichen Vorstände und Jugendleiter_innen.

Für viele Ortsverbände, Vereine und Träger der Jugendarbeit ist die aktuelle Preisentwicklung besonders im Energiebereich existenzbedrohend.

Das Busunternehmen, das die Kinder und Jugendlichen in die Freizeit fährt, die Übernachtung in der Jugendherberge, das eigene Selbstversorgerhaus, dass sich aus den Einnahmen für Übernachtungen und Seminaren nicht mehr betreiben lässt, die Förderung pro Tag und Teilnehmer_in, die nicht mehr ausreicht um die tägliche Versorgung im Zeltlager zu finanzieren. Das sind nur wenige Beispiele für die aktuellen Belastungen der Vereine und Verbände in Hessen. Gleichzeitig fehlen viele Ehrenamtliche, die ihr Engagement in der Pandemie ausgesetzt und nicht wiederaufgenommen haben oder die in den letzten drei Jahren nicht für ein ehrenamtliches Engagement gewonnen werden konnten.

Die extrem hohe Inflationsrate und die Vervielfachung der Energiekosten können durch die Jugendverbände in Hessen nicht ohne Unterstützung aufgefangen werden. Bei vielen Vereinen sind Einnahmen wie Teilnehmendenbeiträge und staatliche Fördergelder für Maßnahmen ausgeblieben, weil Maßnahmen nicht oder nur in digitaler Form stattfinden konnten. Für laufende Kosten und Kostensteigerungen wurden Eigenmittel eingesetzt und aufgebraucht. Auch die Jugendsammelwoche, als wichtige Einnahmequelle der Jugendarbeit war von der Pandemie massiv betroffen und konnte mehrfach nicht stattfinden.

Die Jugendverbände in Hessen brauchen dringend ein breites Paket von Unterstützungsleistungen, damit Orte und Angebotsstrukturen der Jugendarbeit, Selbstorganisationen von jungen Menschen und ehrenamtliche Strukturen nicht dauerhaft verloren gehen.

: Forderungen



Krisenplan für die Jugendverbandsarbeit etablieren

Die Jugendarbeit in Hessen braucht einen langfristig gültigen und verbindlichen Krisenplan. Ziel muss es sein, dass Vereine junger Menschen, Orte der Jugendarbeit und Angebote für junge Menschen nicht verloren gehen. Junge Ehrenamtliche in der Jugendverbandsarbeit brauchen dringend eine breite Palette von Unterstützungsleistungen. Sie brauchen die Sicherheit, auch in Krisen unterstützt und ausreichend finanziert zu werden. Und sie brauchen auf allen Ebenen der Jugendarbeit in unterschiedlichen Formen und Umfang eine verlässliche hauptberufliche Unterstützung.

Inflationsausgleich für die sozialen Trägerstrukturen in Hessen schaffen

Die Destinatäre müssen in die Lage versetzt werden, die notwendigen Strukturen, die hauptberuflichen Kräfte, die Angebote und die Einrichtungen und Orte ihrer Arbeit dauerhaft zu erhalten und gleichzeitig auf die immer neuen Anforderungen und Veränderungsbedarfe zu reagieren. Hierzu braucht es ein verlässliches und langfristiges Modell, um regelmäßige Anpassungen der Beteiligungen an den Einnahmen der staatlichen Lotterien an gestiegene Preise und Löhne und an neue Arbeits- und Aufgabenbereiche sicherzustellen.

Jugendsammelwoche stärken und weiterentwickeln

Hierzu muss gemeinsam mit der Hessischen Landesregierung, dem Hessischen Jugendring und den kommunalen Spitzenverbänden ein Konzept zur Stärkung und Weiterentwicklung der Jugendsammelwoche in Hessen erarbeitet und umgesetzt werden. Ziele sind, Jugendgruppen vor Ort zu stärken, die organisatorischen Abläufe der Jugendsammelwoche zu vereinfachen und höhere Anteile der Sammelergebnisse der Jugendsammelwoche bei den Jugendgruppen vor Ort zu belassen. Die Jugendsammelwoche ist ein wichtiger Garant für ausreichende Eigenmittel der Jugendgruppen vor Ort. Dies muss gestärkt werden, ohne die Leistungsfähigkeit des Hessischen Jugendrings und der Jugendämter zu schwächen.

Zuverlässige strukturelle Förderung statt kurzfristiger Projektförderungen etablieren

Die aktuelle Praxis der Projektförderung auf der Landesebene, wie zum Beispiel in den Bereichen der Extremismus-Prävention, der Demokratiebildung und der Integration ist durch Förderungsgesetze so weiterzuentwickeln, dass die Arbeitsansätze und Arbeitsbereiche dauerhaft, ausreichend und verlässlich gefördert werden. Jugendarbeit und außerschulische Bildung brauchen in allen Arbeitsfeldern Verlässlichkeit und Kontinuität. Aufwendige und immer wiederkehrende Antragsverfahren müssen durch langfristige Förderverträge ersetzt werden, um die wichtige Arbeit in diesen Arbeitsbereichen langfristig zu gewährleisten.

: Engagiert für Nachhaltigkeit – die Klimakrise ernst nehmen

Die Art und Weise, wie wir leben und wirtschaften, wirkt sich bereits negativ auf viele Menschen aus und bedroht grundsätzlich die Lebensgrundlagen heranwachsender und zukünftiger Generationen. Die sich zuspitzende Klimakrise mit einhergehender Erderwärmung, das voranschreitende Artensterben und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen sind einige der zentralen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Die Folgen des menschengemachten Klimawandels und der Zustand unserer Umwelt beschäftigen und belasten junge Menschen stark. Das lässt auch die Studie „Zukunft? Jugend fragen! – 2021“ eindrücklich erkennen. Vor allem Kinder und Jugendliche haben zukünftig mit den Folgen der Klimakrise zu kämpfen. Zugleich können sie ihrer Stimme durch Wahlen keinen Ausdruck verleihen und sind den Entscheidungen der älteren Generationen somit weitgehend ausgeliefert.

Jungen Menschen ist es gelungen, die Themen Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit in den Fokus der Gesellschaft zu rücken. Dies geschah unter anderem durch Demonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams. Zukünftig muss es darum gehen, die Perspektiven und Bedürfnisse von jungen Menschen umfassender demokratisch zu berücksichtigen. Ihre Interessen müssen in den Aushandlungsprozessen um die Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Sie dürfen nicht leichtfertig hinter vermeintliche ökonomische Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten der heute Erwachsenen zurückgestellt werden.

Es bedarf großer politischer Kraftanstrengungen und eines echten politischen Willens, eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle Menschen im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen zu verwirklichen. Das Land Hessen hat im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie und des Integrierten Klimaschutzplanes (IKSP) erste Schritte in diese Richtung unternommen. Um die dramatischen Folgen des menschengemachten Klimawandels abzumildern, bedarf es eines ambitionierten Vorgehens.

Die Landesregierung muss beim sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu gehört eine Mobilitätswende zu einem gut ausgebauten und kostengünstigen Nahverkehr sowie eine Infrastruktur, die die Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel für alle einfach und attraktiv macht. Ferner gilt es, den Umweltschutz voranzubringen, auf nachhaltige Energiequellen zu setzen und ökologische Landwirtschaft zu fördern. Diese Themen sind für junge Menschen von großer Bedeutung.

Die zentrale Verantwortung für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft kommt jenen Akteuren zu, die die notwendigen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen prägen. Die Kosten dieses Umbaus dürfen nicht unverhältnismäßig auf die Bürger_innen übertragen werden. Bildung kann einen sinnvollen Beitrag dazu leisten, Bürger_innen mit den für eine nachhaltige Lebensweise notwendigen Kompetenzen und dem Wissen auszustatten. Das Land Hessen trägt dieser Tatsache mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie und der Etablierung des Themas Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bereits Rechnung. Diese Entwicklungen gilt es zu festigen, kritisch zu reflektieren sowie personell, finanziell und organisatorisch stärker zu verankern – insbesondere im Kontext der non-formalen Bildungssysteme und -prozesse.

Viele junge Menschen besitzen eine starke Sensibilität und fundierte Kenntnisse der sozial-ökologischen Herausforderungen. In aller Regel sind es die Erwachsenen, die das notwendige Bewusstsein vermissen lassen. Sie sollten als Teil von bildungspolitischen Überlegungen adressiert werden.

Den Einsatz junger Menschen für eine nachhaltige Gesellschaft gilt es politisch zu unterstützen, zu fördern und wertzuschätzen. Denn hier entstehen die Ideen für die Zukunft, die es für die Politik umzusetzen gilt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene benötigen hierzu nicht zuletzt ausreichend unverzweckte räumliche und zeitliche Freiräume, um sich selbstbestimmt und partizipativ mit dem Themenkomplex Nachhaltigkeit auseinandersetzen zu können. Der Bereich der non-formalen Bildung der Jugendarbeit bietet mit seinen inhärenten Freiräumen hierbei besondere Chancen und Möglichkeiten. Die Nutzung dieser Räume sollte für junge Menschen politisch so einfach und unbürokratisch wie möglich sein.

: Forderungen



Interessen junger Menschen bei allen Entscheidungen zur Nachhaltigkeit verbindlich berücksichtigen

Politisch wird heute vieles verhandelt und entschieden, was sich auf die Zukunft junger Menschen auswirken wird. Die Stimme junger Menschen muss auf allen Ebenen des politischen Prozesses hörbar sein und wahrgenommen werden. Politische Entscheider_innen müssen die Interessen der jüngeren Generation besonders und verbindlich berücksichtigen. Dafür bedarf es der Beteiligung der jungen Menschen selbst. Diese sind daher durch innovative demokratische Aktions- und Beteiligungsstrukturen direkt und umfassend in die demokratischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden. Wir sind dafür, medial die Klimapolitik und nicht junge Aktivist_innen zu problematisieren. Legitime Formen des Protests dürfen nicht kriminalisiert werden.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen und weiterentwickeln

Bildung für nachhaltige Entwicklung muss als Leitprinzip in allen Bereichen des Bildungssystems fest verankert werden. Für Hessen gilt es eine umfassende Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung des Konzepts Bildung für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Mit dieser Strategie muss insbesondere die Ausweitung qualitativ hochwertiger Angebote und Maßnahmen und deren regelmäßige Evaluation verbunden sein. Ferner ist die weitere Professionalisierung von Fachkräften zu unterstützen und die Stärkung von BNE-Netzwerken zu fördern. Hierfür sind insbesondere die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen.

Nachhaltigkeitsprinzipien konsequent umsetzen

Bestehende und zukünftige Gesetze und Regelungen müssen konsequent auf Nachhaltigkeitsprinzipien ausgerichtet werden, um eine klimagerechte Gesellschaft zu ermöglichen. Hierzu bedarf es nicht zuletzt eines Umdenkens, was die Bereitstellung und Förderung von Leistungen angeht. Bei der Ausgestaltung von Beschaffungs- und Förderrichtlinien darf nicht alleine die Wirtschaftlichkeit entscheidend sein. Nachhaltigkeitskriterien müssen ein besonderes Gewicht zukommen. Ferner sollte beispielsweise die Verpflegung mit nachhaltigen Produkten an (Hoch-)Schulen stärker gefördert und sichergestellt werden, so dass diese für alle erschwinglich sind.

Lebensumfelder junger Menschen nachhaltiger gestalten

Unsere Städte müssen klimafreundlicher werden. Der Schutz und Ausbau nachhaltiger (Grün-)Flächen ist zu fördern und Kindern und Jugendlichen der Zugang zu naturnahen Räumen zu ermöglichen. Versiegelungsvorhaben sind kritisch zu prüfen und weitgehend einzuschränken. Der öffentliche Nahverkehr sollte als klimafreundlichere Alternative möglichst kostenfrei und attraktiv sein. Für städtische Räume und ländliche Regionen sind hierbei jeweils eigene, passende Mobilitätslösungen zu finden, die den Herausforderungen vor Ort Rechnung tragen. Mit Blick auf Bahnhöfe und Verkehrsmittel ist für eine Taktung und Ausstattung zu sorgen, die der Lebensrealität junger Menschen Rechnung trägt – u. a. durch Nachtbusangebote und eine flächendeckende attraktive und kostenfreie WLAN-Verfügbarkeit. Sichere und gut ausgebaute Radwege sind zu fördern.

: Mehr Gerechtigkeit in der schulischen Bildung

Bildung ist ein lebenslanger, ganzheitlicher und aktiver Prozess der Bewusstseinsbildung und Persönlichkeitsentwicklung. Bildung passiert in unterschiedlichen Zusammenhängen auf viele verschiedene Weisen. Sie ist in der Regel nicht zielgerichtet und outputorientiert. Der Bildungsprozess in Kindheit und Jugend umfasst weit mehr als schulisches Lernen. Dazu gehört neben der informellen Bildung auch außerschulische (non-formale) Bildung, wie sie beispielsweise in Jugendverbänden umgesetzt wird.

Im bildungspolitischen Diskurs gerät diese Vielschichtigkeit von Bildungsbegriffen oft in Vergessenheit, denn schulisches Lernen hat einen sehr hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Noten und Schulabschlüsse entscheiden über viele Zugänge und Hürden im Leben junger Menschen. Leider gilt dies auch umgekehrt: Die Bildungschancen junger Menschen hängen nach wie vor wesentlich vom Bildungsabschluss und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern ab.

Aktuell verfestigt Schule die bestehende Ungleichheit und vermag den Einfluss verschieden hoher Einkommen nicht auszugleichen. Die Corona-Pandemie hat, mit zeitweise geschlossenen Schulen und langen Phasen des Homeschooling, verdeutlicht, wie stark dieser Effekt ist und wie wichtig ein Ausgleich der Bildungschancen durch das Schulsystem wäre. Ohne ihn verfestigt sich die bestehende soziale Spaltung über Generationen hinweg.

Ein weiteres Beispiel für das derzeitige ungerechte Bildungssystem ist die frühe Trennung vermeintlich leistungsstarker und -schwächerer Schüler_innen in unterschiedliche Schularten (Haupt-, Realschule und Gymnasium). Bildungsforscher_innen sehen im längeren gemeinsamen Lernen ein zentrales Instrument zur Förderung von Bildungsgerechtigkeit. Dennoch sind Schulbiografien in Hessen weiterhin von der frühen Entscheidung über die Schulform und den zukünftigen Abschluss geprägt. Dies reproduziert tendenziell die gesellschaftliche Ungleichheit der Bildungsbiografien.

Welche Kompetenzen und Fähigkeiten im schulischen Kontext vermittelt werden, sollte immer wieder hinterfragt werden. Bedeutend im Prozess der Bildung ist die Entwicklung von (Schlüssel-)Kompetenzen, um soziale Teilhabe und Handlungsfähigkeit zu erlangen. Umso bedeutsamer werden diese Kompetenzen vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen und der sich abzeichnenden Transformationsprozesse in unserer Gesellschaft. Die Klimakrise wird zukünftige Generationen vor große Herausforderungen stellen. Wirtschaft und Gesellschaft unterliegen durch Digitalisierung, wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt einem rasanten Wandel. Algorithmen und künstliche Intelligenz erlangen immer größeren Einfluss. Auch die Demokratie steht durch Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, Fake News und Verschwörungsideologien unter Druck.

Wenn Schule als Bildungsinstitution ihrer Rolle für eine demokratische Gesellschaft gerecht werden und junge Menschen gut auf zukünftige Transformationsprozesse vorbereiten möchte, braucht es eine grundlegende Reform des schulischen Bildungssystems. Schulische Bildung sollte weit stärker als bisher auf Beteiligung und Emanzipation abzielen und einen Fokus auf soziale Kompetenzen, Verständigung und demokratische Aushandlungsprozesse setzen. Eine zentrale Herausforderung wird dabei sein, Bildungsgerechtigkeit zu stärken, um Milieugrenzen zu überwinden und allen jungen Menschen in der postmigrantischen Gesellschaft gleiche gesellschaftliche Teilhabe und Zukunftschancen zu eröffnen.

Es müssen auch zukünftig Freiräume für andere Bildungsansätze bleiben, sowohl zeitlich als auch räumlich und materiell. Dafür braucht es eine gute strukturelle Förderung für Angebote der außerschulischen Jugendbildung. Junge Menschen bekommen in diesen Angeboten nicht nur Einblick in zahlreiche Themen, die in Schule keinen Platz finden. Sie erfahren vor allem einen demokratischen und lebensweltbezogenen Bildungsansatz, in dem sie sich Themen selbst aneignen und den Bildungsprozess mitgestalten. Diese Angebote und Orte außerschulischer Bildung müssen Kindern und Jugendlichen weiterhin in großer Vielfalt und ohne Hürden zur Verfügung stehen.

: Forderungen



Schulische Bildung gerechter gestalten

Die Bildungs- und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen müssen unabhängiger vom Einkommen der Eltern werden, durch längeres gemeinsames Lernen und eine gezielte Förderung von Schulen mit besonderen Herausforderungen. Konkret bedeutet dies eine Abkehr vom gegliederten Schulsystem und die Schaffung einer gemeinsamen Mittelstufe, an die sich eine optionale Oberstufe anschließt. Des Weiteren müssen Schulen zukünftig eine bedarfsorientierte Förderung erhalten, sodass strukturelle Benachteiligung ausgeglichen werden kann. Nur durch mehr Bildungsgerechtigkeit kann das Land Hessen der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken.

Zugänge und Freiräume für außerschulische Bildung schaffen

Angebote der außerschulischen Bildung sollten allen jungen Menschen in großer Vielfalt und niederschwellig zur Verfügung stehen. Dafür brauchen junge Menschen zeitliche Freiräume. Träger der Jugendhilfe brauchen eine gute strukturelle Förderung, um diese Angebote qualitativ hochwertig und inklusiv umzusetzen. Insbesondere für ehrenamtliche Strukturen und Angebote müssen zusätzliche Anreize und Möglichkeiten zur Realisierung außerschulischer Bildungsangebote geschaffen werden.

Schule demokratisch gestalten

Die Schule ist der zentrale Ort staatlicher Bildung und sollte daher viel stärker als bislang soziale Kompetenzen fördern und die demokratische Haltung stärken. Dies gelingt am besten durch echte Beteiligung und Mitbestimmung innerhalb der eigenen schulischen Strukturen.

Schulen als Teil von Bildungslandschaften öffnen

Schulen sollten darin unterstützt und gefördert werden, sich dem Sozialraum zu öffnen, Kooperationen und gemeinsame Projekte mit anderen Bildungsakteuren wie etwa Trägern der Jugendhilfe zu pflegen und damit die Schaffung von Bildungslandschaften voranzutreiben. Dadurch erhalten Schüler_innen niederschwellig Impulse zur gesellschaftlichen Teilhabe und lernen außerschulische Bildungsangebote kennen.

: Ganztagsgrundschule kindgerecht gestalten

Der flächendeckende Ausbau des Ganztagsangebots an Grundschulen bietet vielfältige Chancen. Eine gute ganzheitliche Bildung kann Schüler_innen besser auf die vielfältigen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Dennoch ist der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler_innen vor allem ein arbeitsmarktpolitisches Instrument zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Ganztagsgrundschule wird damit nicht primär vom Kind aus gedacht.

Der Wandel der Halbtagsgrundschule zur Ganztagsgrundschule wird das Aufwachen von Kindern tiefgreifend verändern. Kinder werden mehr Zeit in staatlichen Institutionen der Bildung und Erziehung verbringen. Neben der Ganztagsbetreuung muss deshalb auch eine qualitative Ganztagsbildung aufgebaut werden. Bei ihrer Ausgestaltung müssen die Kinderrechte zum Maßstab gemacht werden. Die Ganztagsgrundschule muss kindgerecht gestaltet werden. Kinder müssen sich dort ausleben, ausprobieren und selbstbestimmt lernen können. Vor allem aber müssen sie sich dort wohlfühlen. Es braucht Abwechslung und Anregung ebenso wie Rückzugsmöglichkeiten und Freiräume. Kinder müssen über die Art der Angebote, über die Gestaltung von Räumen und zeitlichen Abläufen sowie über die geltenden Regeln aktiv mitbestimmen können.

Eine kindgerechte Ganztagsgrundschule bietet die Chance, Bildungsgerechtigkeit, soziale Verständigung und Inklusion zu fördern. Um dies zu ermöglichen, müssen folgende Kriterien zwingend erfüllt sein: Die vollständige Kostenfreiheit des Angebots, die eine Trennung der Kinder in verschiedene Betreuungs- oder Bildungsangebote, je nach Einkommen der Eltern, verhindert. Die Bildungsangebote müssen eine qualitativ hochwertige non-formale Bildung sowie eine hohe Vielfalt aufweisen. Zudem sollten die Bildungs- und Betreuungsangebote so barrierearm wie möglich und damit weitgehend inklusiv gestaltet sein.

Jedes Kind sollte die Möglichkeit erhalten, den Nachmittag nach den eigenen Interessen und Vorlieben zu gestalten. Die dafür notwendige Vielfalt, auch bezogen auf die vermittelten Werte und Inhalte, ist nur möglich, wenn eine Vielfalt der Träger des Ganztagsangebots besteht. Grundsätzlich darf der Anspruch auf eine ganztägige Bildung keine Pflicht sein. Allen Kindern und Eltern muss freigestellt werden, den Nachmittag der Kinder selbstbestimmt außerhalb der Ganztagsgrundschule zu gestalten. Es braucht zeitliche Freiräume für außerschulische Aktivitäten oder Engagement.

Die angemessene Rhythmisierung des Ganztags ist ein wichtiges Qualitätskriterium guter Ganztagsbildung. Sie gewährleistet, dass sich Unterrichtseinheiten und andere Angebote abwechseln. Denkbar ist eine teilgebundene rhythmisierte Ganztagschule, die bis 14.30 Uhr verpflichtend und rhythmisiert ist und am späteren Nachmittag weitere attraktive und freiwillige Angebote bereithält.

Die Verankerung im SGB VIII regelt klar, dass flächendeckende Ganztagsangebote an Grundschulen eine Pflichtaufgabe der Jugendhilfe sind. Die Jugendhilfe ist in der Verantwortung, diesen Rechtsanspruch zu erfüllen, und muss entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip neue Angebote und Strukturen aufbauen. Aus der rechtlichen Verankerung ergibt sich auch, dass die Angebote an den Grundschulen von anerkannten Trägern der Jugendhilfe umgesetzt werden müssen. Bereits in der Phase der Implementierung muss die Jugendhilfe eine tragende Rolle einnehmen. Sie muss ihre Standards, ihre Vielfalt und ihre pädagogischen Ansätze einbringen. Die Jugendhilfe muss die Ganztagsgrundschulbildung maßgeblich hinsichtlich der Konzeption der Implementierung als auch in den Angeboten an den Schulen gestalten.

Wenn Kinder immer längere Zeiträume in Schulen verbringen, muss sichergestellt sein, dass diese Zeit nicht vollständig unter schulischer Regie und im schulischen Setting gestaltet wird, sondern durch Prinzipien und Standards der Jugendhilfe pädagogische Ansätze der non-formalen Bildung einfließen und Freiräume entstehen. Nur so ist ein kindgerechter Ganztags denkbar.

Für die Jugendhilfe ergeben sich daraus vielfältige Chancen und neue Anforderungen. Viele Träger der Jugendhilfe müssen und werden sich neu orientieren und neue Schwerpunkte ihrer Arbeit im Bereich der Ganztagsgrundschule ausbilden müssen.

Eine zentrale Koordination bietet Spielraum für mehr Trägervielfalt, als wenn einzelne Schulen sich selbst um ihre Nachmittagsangebote und entsprechende Kooperationen bemühen müssen. Auf Seiten der freien Träger trüge die Vermittlung durch die Jugendämter dazu bei, eigene Ressourcen zu schonen und effizient mit mehreren Schulen Angebote zu realisieren. Hierfür müssen den Jugendämtern dauerhaft zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

: Forderungen



Ganztagsbildung kindgerecht gestalten und angemessen ausstatten

Neben dem Aspekt der Rhythmisierung beinhaltet eine kindgerechte Ausgestaltung kindgerecht gestaltete Räume, ein vielfältiges und ansprechendes non-formales Bildungsangebot, Freiräume für Experimente und freies Spiel, abwechslungsreiche Bewegungsangebote, Rückzugsmöglichkeiten und eine möglichst weitreichende Mitbestimmung durch die Kinder. Um dies sicherzustellen, bedarf es verpflichtender Qualitätsstandards, die den Standards der Jugendhilfe entsprechen. Darüber hinaus sollte das Land Hessen alles dafür tun, dem sich schon jetzt durch die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung abzeichnenden Mehrbedarfs an pädagogischen Fachkräften zu entsprechen.

Jugendhilfe mit zusätzlichen Ressourcen ausstatten

Auf Landesebene sollte das Hessische Ministerium für Soziales und Integration die federführende Verantwortung für die Konzeption des flächendeckenden Ganztags in Grundschulen übernehmen, kommunal stehen die Jugendämter in der Pflicht, in Zusammenarbeit mit freien Trägern entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip Angebote an Grundschulen aufzubauen und zu koordinieren. Nicht-schulische Angebote mit Ganztagschulen sollten ausschließlich durch anerkannte Träger der Jugendhilfe mit qualifiziertem Personal umgesetzt werden. Es braucht dauerhaft zusätzliche finanzielle Ressourcen für den Aufbau der Ganztagsgrundschule. Diese müssen dem Bereich der Jugendhilfe zugeordnet sein und auch freien Trägern als strukturelle Förderung zur Verfügung stehen.

Verpflichtende Ganztagsgrundschule auf 14:30 Uhr begrenzen und Hausaufgaben abschaffen

Grundschulkindern brauchen zeitliche Freiräume für außerschulische Aktivitäten oder Engagement, z. B. in Sportvereinen oder Jugendverbänden. Kinder und Eltern müssen die Freiheit haben, den weiteren Nachmittag der Kinder selbstbestimmt außerhalb der Ganztagsgrundschule zu gestalten. Dafür müssen Hausaufgaben für diese Schulform abgeschafft werden.

Ganztagsbildung kostenfrei und inklusiv organisieren

Ganztagsbildung muss allen Kindern zugänglich sein und darf nichts kosten. Nur so kann Bildungsgerechtigkeit gefördert werden. Nur so haben alle Grundschulkindern die Möglichkeit, gemeinsam spannende zusätzliche Bildungs- und Bewegungsangebote wahrzunehmen.

: Engagement fördern und ehrenamtliche Strukturen stärken

Ehrenamtliches Engagement ist von zentraler Bedeutung für die Gesellschaft. Wer sich ehrenamtlich in Vereinen, in Initiativen und in Projekten engagiert, übernimmt Verantwortung für andere und trägt maßgeblich zu einem gelingenden Zusammenleben bei, sei es im Vereinsalltag oder in Notsituationen. Der ehrenamtliche Einsatz ist für die Engagierten von erheblichem Wert. Er bedeutet für sie gesellschaftliche Teilhabe. Junge Menschen erleben sich hierbei als demokratisch Handelnde, die Veränderungen in ihrem Umfeld bewirken können. Ehrenamtliches Engagement ermöglicht sinnstiftende persönliche Erfahrungen und vermittelt wichtige, auch für das Berufsleben relevante, soziale Kompetenzen.

So wichtig dieses Engagement ist, können und dürfen ehrenamtliche Strukturen Aufgaben des Sozialstaats nicht ersetzen. Die Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge und ein Leben in Würde darf nicht auf freiwillig engagierte Bürger_innen ausgelagert werden. Dies gilt es nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen und Herausforderungen zu beachten. Ehrenamtliche Strukturen wurden besonders gefordert und unter Druck gesetzt. Deshalb bedarf es einer nachhaltigen und umsichtigen Förderung, Wertschätzung und Unterstützung des Ehrenamts. Ein besonderer Fokus ist hierbei auf die Situation junger Menschen und die verbandliche Jugendarbeit zu legen.

Im Rahmen ihres Engagements in der Jugendverbandsarbeit lernen junge Menschen früh demokratische Prinzipien und Verhaltensweisen kennen und setzen sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich für das Gemeinwohl ein. Sie besuchen Veranstaltungen, sind aktiv in Vorständen, als Jugendleiter_innen von Gruppenstunden und Jugendangeboten, als Betreuer_innen in Freizeiten und Zeltlagern und als Bildner_innen in der außerschulischen Jugendbildung und Juleica-Schulungen. Die Jugendverbände haben große Anstrengungen unternommen, um sich gegen die Auswirkungen der Pandemie zu stemmen und jungen Menschen so gut wie möglich ein soziales Miteinander im oft tristen Corona-Alltag zu ermöglichen. Die Lockdowns und Einschränkungen haben den ehrenamtlichen Strukturen der Jugendverbandsarbeit allerdings erheblich zugesetzt. Ehrenamtliches Engagement war nur unter äußerst erschwerten Bedingungen möglich. Viele

Ehrenamtliche haben sich unter diesen Umständen zurückgezogen oder zurückziehen müssen. Die Bewältigung der zahlreichen und oftmals veränderten Aufgaben musste entsprechend auf die Schultern der besonders geforderten und erschöpften übrigen Engagierten aufgeteilt werden. Neue Engagierte konnten während der Pandemie kaum gewonnen werden. Auch die Ausbildung und Weiterqualifizierung der Engagierten, etwa durch Juleica-Schulungen, ging stark zurück. Da digitale Angebote kaum Einstiege ins Ehrenamt ermöglichen, war der Zugang zum Engagement für Viele versperrt.

Wie gravierend sich diese Entwicklungen langfristig auswirken werden, lässt sich noch nicht sagen. Daher sollten sie wissenschaftlich untersucht und politisch genauestens beobachtet werden. Rückmeldungen aus allen Strukturen der Jugendverbandsarbeit und ein Blick auf die Entwicklungen der Freistellungs- und Juleica-Ausbildungszahlen machen deutlich, dass es eine zentrale Aufgabe ist, weggebrochene und inaktive Strukturen neu aufzubauen und zu beleben. Zu bedenken ist, dass der ehrenamtliche Einsatz im Jugendalter nicht selten ein Ausgangspunkt für Engagement im Erwachsenenalter darstellt. Ehrenamtliches Engagement, das heute in der Jugendverbandsarbeit fehlt, wird sich zukünftig gesamtgesellschaftlich bemerkbar machen.

Um das Engagement junger Menschen nachhaltig zu stützen und zu stärken, ist es entscheidend, die nötigen organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Ehrenamt braucht zeitliche und physische Freiräume. Junge Menschen müssen neben Schule, Ausbildung, Studium und Beruf die Möglichkeit haben, sich ohne bürokratische Hürden ehrenamtlich zu engagieren. Ehrenamtliches Engagement bedarf politischer und gesellschaftlicher Wertschätzung, etwa in Form attraktiver Vergünstigungen und Angebote. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie müssen ehrenamtliche Strukturen im Rahmen einer Ehrenamtsoffensive umfassend gestärkt werden. Finanzielle Unterstützung wie die Maßnahmenförderung durch das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ ist hierfür ein wichtiger Baustein und muss fortgesetzt werden. Darüber hinaus müssen die notwendigen personellen und institutionellen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

: Forderungen



Freiräume für ehrenamtliches Engagement schaffen

Es muss jungen Menschen durch passende politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen möglich gemacht werden, ihren ehrenamtlichen Einsatz mit den Anforderungen, die Schule, Studium, Ausbildung und Beruf an sie stellen, so gut wie möglich vereinbaren zu können. Ehrenamtliches Engagement sollte nicht durch fehlende zeitliche Freiräume oder steigende Anforderungen erschwert werden. Verbindliche Regelungen zu prüfungsfreien Zeiten können hierbei Abhilfe schaffen. Darüber hinaus sollte politisch darauf hingewirkt werden, ehrenamtliche Strukturen auch innerhalb von Bildungsinstitutionen durch größere Freiräume und eine größere Auswahl an Angeboten zu stärken.

Ehrenamtliche von bürokratischen Aufgaben entlasten

Ehrenamtliche sehen sich zunehmend mit der Bewältigung von Verwaltungsaufgaben konfrontiert. Dies stellt eine erhebliche Belastung beim Ausüben ihres eigentlichen Engagements dar. Bestehende Vorgaben und Regelungen müssen vor diesem Hintergrund überprüft und, soweit wie möglich, modernisiert und vereinfacht werden. Hierbei gilt es insbesondere, die Digitalisierung von Prozessen und Antragsverfahren voranzutreiben. Bei der Änderung und Neuschaffung von Gesetzen ist dringend darauf zu achten, keine weiteren bürokratischen Hürden zu schaffen. Und nicht zuletzt ist für hinreichend hauptamtliche Unterstützung zu sorgen, so dass Engagierte sich auf ihr Ehrenamt konzentrieren können. Der Aufwand für die Antragsverfahren und die Fördersummen müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Antragsverfahren müssen niedrigschwellig und digital gestaltet sein.

Ehrenamt wertschätzen und fördern

Ehrenamtliche Strukturen müssen gestärkt und krisenfest gemacht werden. Hierzu müssen die nötigen finanziellen Mittel für die Unterstützung durch Hauptamtliche bereitgestellt werden. Gerade im Falle der Kreisjugendringe, in denen unterschiedliche Akteure zusammenarbeiten, ist eine hauptamtliche Begleitung wichtig. Bestehende hauptamtliche Strukturen sind von administrativen Aufgaben zu entlasten. Der Fokus der Beschäftigten in der Jugendarbeit muss auf der eigentlichen Arbeit, wie der Förderung des Ehrenamts, liegen. Ferner sind wissenschaftliche Untersuchungen zu fördern, um die Lage und Bedarfe ehrenamtlicher Strukturen besser einschätzen zu können. Und nicht zuletzt muss ehrenamtliches Engagement in seiner Vielfalt politisch sichtbar gemacht und gewürdigt werden.

Juleica stärken

Um die Juleica als zentralen Qualifikations- und Engagementnachweis für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit zu stärken, sind Ausbildungsangebote zu fördern und eine Juleica-Fachstelle einzurichten. Letztere sollte finanziell und personell so ausgestattet sein, dass sie dauerhaft die Aufgaben einer Fach-, Service- und Beratungsstelle wahrnehmen kann. Ferner muss die Arbeit der Jugendleiter_innen stärker wertgeschätzt und die Attraktivität der Juleica erhöht werden. Wer sich ehrenamtlich als Jugendleiter_in engagiert, sollte direkten Anspruch auf eine Ehrenamtskarte haben. Ein weiterer sinnvoller Anreiz ist, Inhaber_innen der Juleica weitere zusätzliche Vergünstigungen insbesondere im öffentlichen Personennah- und fernverkehr ermöglichen.

: Für eine moderne Jugendmedienpolitik und digitale Angebote der Jugendarbeit

Die zunehmende Digitalisierung und Technisierung der Gesellschaft ist für junge Menschen von besonderer Bedeutung. Digitale Medien prägen das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in erheblichem Maße. Als ständige Begleiter sind sie zum selbstverständlichen Bestandteil der Lebenswelt junger Menschen geworden.

Junge Menschen sind im digitalen Lebensraum nicht nur Empfänger_innen. Sie verfügen über ein breites Wissen zur Nutzung unterschiedlicher Tools und Angebote. Der digitale Raum ist für junge Menschen mit vielen Chancen und Möglichkeiten verbunden. Sie nutzen ihn zur Unterhaltung, zur Information, zum Kreativsein, zum Austausch zur Vernetzung und zur politischen Beteiligung. Kinder und Jugendliche gestalten den digitalen Raum aktiv mit und mischen sich in netz- und digitalpolitische Diskussionen ein. Dieses Engagement gilt es zu fördern und durch (digitale) Beteiligungsformate zu unterstützen. Denn die Perspektiven und Interessen junger Menschen müssen in den Auseinandersetzungen um das Zusammenleben in einer digitalen Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen. Voraussetzung ist hierbei, die nötige Infrastruktur auch im ländlichen Raum auszubauen. Nur so können alle an der digitalen Gesellschaft teilhaben.

Zugleich birgt der digitale Raum für Kinder und Jugendliche besondere Gefahren: die Darstellung von (sexualisierter) Gewalt, Hate Speech und Cybermobbing. Die weitgehend kommerzialisierten sozialen Medien konfrontieren junge Menschen mit der Allgegenwärtigkeit vermeintlicher Schönheits- und Lebensideale. Der damit verbundene Vergleichsdruck kann sich negativ auf ihre psychische Gesundheit auswirken. Manipulative Spieledesigns kostenloser Spiele-Apps verleiten zu In-App-Käufen und der Preisgabe persönlicher Daten. Und junge Menschen sind im Internet rechten und menschenfeindlichen Ideologien ausgesetzt. Diese Gefahren erfordern einen effektiven Jugendschutz und eine kritische gesellschaftliche Debatte.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich komplexe Herausforderungen für eine engagierte Digital- und Medienpolitik, kritische Medienpädagogik und digitale Jugendarbeit. Es bedarf rechtlicher Rahmenbedingungen, die den Schutz und die informationelle Selbstbestimmung junger Menschen sicherstellen. Medienpädagogik und digitaler Bildung kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, Kinder und Jugendliche zu begleiten und zu

unterstützen, sich souverän in einer digitalen Welt zurechtfinden und bewegen zu können. Statt sich nur auf das Vermitteln technischer, ökonomisch verwertbarer Fähigkeiten zu konzentrieren, sollte das Ideal digital mündiger Bürger_innen leitend sein. Kinder und Jugendliche sollten in die Lage versetzt werden, sich der gesellschaftlichen und individuellen Möglichkeiten und Gefahren der Digitalisierung bewusst zu sein. Sie sollten Plattformen und deren Inhalte reflektieren und sich selbstbestimmt und kritisch zu diesen verhalten können.

Die Bedeutung des Bildungsbereichs wird auch in der Digitalstrategie der Landesregierung unterstrichen. Allerdings konzentrieren sich die Bemühungen der Landesregierung weitgehend auf das Schulsystem. Der außerschulischen Jugendarbeit sollte eine vergleichbare Bedeutung beigemessen werden. Sie muss mit den nötigen finanziellen Mitteln und Know-How ausgestattet werden. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, die vielen Akteur_innen einiges abverlangte, ist eine stärkere Unterstützung bei der Schaffung digitaler Strukturen und Angebote sowie der Qualifizierung und Fortbildung von Fachkräften und Ehrenamtlichen dringend erforderlich. Begrüßenswert ist, dass die Ehrenamtsförderung und die Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit in der Digitalstrategie explizit erwähnt und berücksichtigt werden. Das Förderprogramm „Ehrenamt digitalisiert“ ist hierbei ein erster Schritt.

Auf Landesebene sollten jugendrelevante Medieninhalte und -formen im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Angebots weiter ausgebaut werden. Attraktive Angebote, die jugendrelevante Inhalte aufgreifen und vermitteln, sind leider weiterhin überschaubar. Die Beteiligung junger Menschen bei der Gestaltung von Programmen, Inhalten und Nutzungsregeln muss auf Augenhöhe sein und deutlich gestärkt werden.

: Forderungen



Digitalpakt für Kinder- und Jugendarbeit in Hessen schließen

Die Vermittlung von Medienkompetenz und die Förderung der medienpädagogischen Aus- und Fortbildung von Erzieher_innen, Lehrpersonal, Sozialpädagog_innen sowie Haupt- und Ehrenamtlichen in der Arbeit mit jungen Menschen stellen zentrale gesellschaftliche Aufgaben dar. Gerade mit Blick auf den digitalen Raum bedarf es hierbei besonderer Anstrengungen. Diesem Umstand muss im Rahmen eines Digitalpakts für die Kinder- und Jugendarbeit durch ein vielfältiges Maßnahmenpaket Rechnung getragen werden. Im Mittelpunkt dieses Pakets müssen eine umfassende Digitalstrategie inklusive Förderprogramme und einer Ausstattungs- und Fortbildungsoffensive stehen, um den Herausforderungen einer digitalen Gesellschaft gerecht werden zu können.

Medien- und Digitalpolitik an den Interessen junger Menschen ausrichten

Junge Menschen müssen freien und gleichberechtigten Zugang zu Medien und Informationen haben und sich sicher im Netz und sozialen Medien bewegen können. Die Netzneutralität muss gewahrt bleiben und Vorrang vor kommerziellen Interessen haben. Ferner ist Mediennutzung junger Menschen bei der Ausgestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen angemessen zu berücksichtigen. Es braucht taugliche Verfahren, um das Urheberrecht besser in Einklang mit den medialen Ausdruckweisen junger Menschen zu bringen, wie die Diskussionen um Uploadfilter zeigen. Auch die Gefahr von Massenüberwachungen, wie sie Pläne zur Kontrolle von Chatinhalten auf EU-Ebene bergen, ist kritisch zu bewerten.

Medienangebote an Interessen von Kindern und Jugendlichen orientieren und ausbauen

Die Perspektiven und Interessen junger Menschen müssen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärkere Berücksichtigung erfahren. Junge Menschen müssen durch ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges, zielgruppengerechtes Angebot angesprochen werden. Dies gilt sowohl mit Blick auf Fernsehen und Radio, vor allem aber hinsichtlich all jener neueren Medien, die junge Menschen besonders erreichen. Zu beachten ist auch, dass junge Menschen bislang kaum Möglichkeiten haben, ihre Stimme dabei an entscheidenden Stellen selbst einzubringen (z. B. in Programmausschüssen, durch interaktives Programm oder Beteiligung an der Auswahl der Inhalte durch Online-Verfahren). Dies gilt es zu ändern, indem junge Menschen stärker direkt bei der Auswahl und Gestaltung von Formaten und Angeboten beteiligt werden.

: Mehr Jugendarbeit für Hessen

Kinder und Jugendliche brauchen Angebote der Jugendarbeit. Für eine gute Kindheit und Jugend sind vielfältige, altersgerechte, gut erreichbare, offene und freiwillige Angebote wichtig. Sie tragen positiv zur Entwicklung junger Menschen bei. Als Jugendringe und Jugendverbände sehen wir daher grundsätzlichen Bedarf an einer flächendeckenden, vielfältigen und leistungsfähigen Angebotsstruktur der Jugendarbeit.

Die letzten Jahre haben erneut eindrücklich gezeigt, dass Jugendarbeit deutlich mehr leistet als außerschulische Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Seit dem Jahr 2015 hat die Jugendarbeit mit zahlreichen Initiativen und Projekten dazu beigetragen, geflüchtete Kinder und Jugendliche zu unterstützen, ihnen Freizeit- und Begegnungsangebote (zugänglich) zu machen und sie in Sozialräume und Jugendverbände zu integrieren. Ein Teil von „Wir schaffen das“ wurde durch Haupt- und Ehrenamtliche in den Jugendverbänden realisiert.

Durch die Corona-Pandemie und den Infektionsschutz waren Angebote der Jugendarbeit eingeschränkt oder nicht möglich. Wichtige Zugänge zu Freizeitangeboten, Ehrenamt, außerschulischer Bildung, offener Jugendarbeit, Jugendbeteiligung, internationaler Jugendarbeit, Freizeiten und Zeltlager fielen weg. Gleichzeitig brauchten Kinder und Jugendliche in dieser Zeit umso mehr den Austausch und die Unterstützung außerhalb von Schule und Familie.

Die verbandliche Jugendarbeit hat sich – wie Jugendarbeit insgesamt – über Monate dafür eingesetzt, für Kinder und Jugendliche da zu sein und Angebote in Kleingruppen umzusetzen. Gleichzeitig wurde darum gekämpft, Jugendbeteiligung in der Pandemiebewältigung sicherzustellen.

Der Jugendarbeit gelang es, die Auswirkungen der Pandemie für junge Menschen zu reduzieren. Dennoch geht sie geschwächt aus dieser Situation hervor. Viele Ehrenamtliche sind nachhaltig erschöpft, Aktive gingen verloren und Neue kamen weniger dazu. Die Zahl der neu ausgebildeten Jugendleiter_innen ist gesunken. Bis heute kämpft die verbandliche Jugendarbeit mit diesen Auswirkungen, während neue, zusätzliche Anforderungen entstehen.

In der Pandemie zeigte sich zudem ein erheblicher Bedarf an politischer Jugendbildung. Während die Jugendarbeit mit den Auswirkungen der Pandemie beschäftigt war, musste sie auch auf die gesellschaftlichen Brüche und demokratischen Krisen reagieren, die sichtbar wurden. Die politische Bildung in der

Jugendarbeit war somit gefordert, als Querdenker_innen, Verschwörungsideolog_innen, Antisemit_innen und Corona-Leugner_innen den öffentlichen Raum, soziale Medien und das Reichstagsgebäude stürmten.

Es war und ist notwendig, mit Kindern und Jugendlichen über diese Entwicklungen zu sprechen und die dahinterliegenden Ideologien zu entschlüsseln. Der Bedarf hierfür bleibt groß und wird vermutlich weiterhin unterschätzt: Politische Bildung in und außerhalb von Schule muss Kinder und Jugendliche flächendeckend und regelmäßig erreichen – dafür bedarf es keiner demokratischen Krisen als Anlassgeber.

Während die Jugendarbeit bemüht ist, sich von der Pandemie zu erholen, beginnt der Krieg in der Ukraine. Kinder und Jugendliche sind mit der Präsenz des Krieges in Nachrichten und sozialen Medien konfrontiert. Gleichzeitig fliehen Kinder und Jugendliche mit ihren Familien aus der Ukraine nach Deutschland. Die Träger der Jugendarbeit reagieren mit der Bereitstellung von Unterkünften und engagieren sich mit Angeboten für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Insbesondere Jugendverbände sind aufgefordert, ihre Angebote auszubauen und zu öffnen und dabei die besonderen Erfahrungen von geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Blick zu haben. Ehrenamtlich Aktive müssen entsprechend unterstützt und beispielsweise traumapädagogisch qualifiziert werden. Um das Weiterbestehen von entsprechenden Arbeitsansätzen zu sichern, die aktuell projekthaft gefördert werden, muss die Förderung der Angebote strukturell verankert werden.

Die Anforderungen an Jugendarbeit ändern sich ständig, werden größer und komplexer. Die Bedarfe sind in den letzten Jahren gestiegen und werden spezifischer. Gleichzeitig findet kein Ausbau der Regelstrukturen statt. Teilweise gilt es eher, den Verlust von Angeboten, Jugendräumen, Strukturen und Förderung zu verhindern. Es ist richtig, dass Projekte in der Jugendarbeit einen festen Platz haben. Damit können aktuelle Entwicklungen und Bedarfe bearbeitet und neue Konzepte und Ideen getestet werden. Es braucht aber ein deutlich breiteres Fundament der Regelstrukturen in der Jugendarbeit. Dies ist auch wichtig, damit sich die ehrenamtlich geprägte Jugendarbeit erholen und Wachstum erleben kann. Hier sind Kommunen und das Land gefordert. Darüber hinaus muss die Weiterentwicklung der Jugendarbeit in Hessen durch einen Ausbau an Qualifikations-, Reflexions- und Vernetzungsangeboten gefördert werden.

: Forderungen

Strukturen der Jugendarbeit langfristig ausbauen und stärken

Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Jugendräume, Jugendzentren und Orte der Jugendbildung in der Fläche erhalten bleiben. Dem weiteren Verlust von Jugendbildungsstätten und Jugendgruppenhäusern muss wirksam entgegen gearbeitet werden. Die hauptamtlichen Ressourcen in den überregionalen Strukturen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit müssen ausgebaut werden, um das Ehrenamt zu entlasten. Die Stadt- und Kreisjugendringe sollten flächendeckend mit Jugendbildungsreferent_innen ausgestattet werden, damit Jugendbeteiligung, Jugendselforganisation und Jugendbildung stabilisiert und erhalten werden können.

Landesaktionsprogramm „Jetzt Jugendarbeit stärken!“ schaffen

Hessen braucht ein fünfjähriges Landesaktionsprogramm zur Stärkung der Jugendarbeit und zum Ausgleich der massiven Folgen der Corona-Pandemie. Hierzu muss das Land eigenes Geld bereitstellen, damit eine Juleica-Ausbildungsoffensive, eine landesweite Ehrenamtsoffensive für die Jugendarbeit und eine Kampagne für Jugendarbeit umgesetzt werden können. Außerdem soll eine auf fünf Jahre geplante Projektförderung in ganz Hessen neue Impulse für die Jugendarbeit und die hauptamtliche Unterstützung von ehrenamtlichen Strukturen bewirken.

Landeskongress „Jugendarbeit“ etablieren

Jugendarbeit braucht Räume und Kontexte in denen Reflexion, fachlicher Austausch und Weiterentwicklung Raum haben. Ein regelmäßiger Landeskongress „Jugendarbeit“ soll hierfür den richtigen und angemessenen Rahmen schaffen. So kann insbesondere der fachliche und jugendpolitische Austausch zwischen öffentlichen und freien Trägern, aber auch zwischen der Jugendarbeit im ländlichen Raum und in den Städten hergestellt werden. Die Landesregierung sollte zur Entwicklung eines solchen Landeskongresses beitragen und die Finanzierung für eine regelmäßige Durchführung sicherstellen.

Ausbau der Internationalen Jugendarbeit vorantreiben

Die Potentiale der internationalen Jugendarbeit werden derzeit nicht ausgeschöpft. Die Erfahrungen der Corona-Pandemie der letzten Jahre, aber auch der Krieg in der Ukraine haben uns gezeigt, dass Austausch und Internationalität wichtig sind und immer wieder hergestellt werden müssen. Damit dies möglich ist, sollte die internationale Jugendarbeit in Hessen ausgebaut werden. Die Landesförderung für internationale Jugendarbeit sollte daher über die sieben hessischen Partnerregionen hinaus ausgeweitet und besser ausgestattet werden.

: Prävention und Schutz für Kinder und Jugendliche gewährleisten

Die Umsetzung der Kinderrechte, festgelegt in der UN-Kinderrechtskonvention und verankert in der Verfassung des Landes Hessen, ist zentrale Aufgabe der Jugendverbände. Dies bildet die Basis für die Wahrung des Kindeswohls. Insbesondere das Recht von Kindern und Jugendlichen auf individuellen Schutz, das festlegt, dass sie vor Vernachlässigung und allen Formen der Gewalt geschützt werden müssen, gilt es mit besonderem Engagement umzusetzen. Das bedeutet nicht, dass jegliche Form von Gewalt oder Vernachlässigung verhindert werden können, aber, dass ihrem Schutz Priorität als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zukommt.

Im Jahr 2021 erreichte die Zahl der den Jugendämtern gemeldeten Fälle von Kindeswohlgefährdung den höchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 2012. Dabei ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt. Parallel dazu rücken Fälle psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche stärker in den Fokus der Öffentlichkeit.

Auch in den Strukturen der Jugendverbände kommt es zu Kindeswohlgefährdungen und Fällen psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt. Dabei handelt es sich, das zeigen Studien der letzten Jahre immer deutlicher, keinesfalls um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem, dem sich die Verbände weiterhin stellen müssen.

Der fachliche Diskurs zum Schutz von Kindern und Jugendlichen entwickelt sich stetig weiter. So werden in den Organisationen und Verbänden verstärkt Präventions-, Interventions- und Aufarbeitungskonzepte entwickelt und umgesetzt. Darüber hinaus wird auf eine Präventionskultur (eine Kultur des Hinsehens, Aufmerksamkeit und Achtsamkeit) hingearbeitet.

Diese Maßnahmen sollen innerhalb der Organisationen und Verbänden übergreifendes Verhalten so stark wie möglich erschweren und potentiellen Täter_innen Handlungsfelder nehmen und Betroffenen möglichst einfache Wege zu Unterstützung eröffnen. Gleichzeitig soll eine Kultur der Prävention ermöglichen bzw. fördern, dass Grenzüberschreitungen überhaupt als solche erkannt werden, dass der Raum des Sagbaren geöffnet wird und der professionelle Umgang mit grenzüberschreitendem Verhalten gestärkt wird.

Die Etablierung und Aufrechterhaltung dieser Maßnahmen führen in Organisationen und Verbänden zu einem erhöhten Bedarf an fachlicher Begleitung. Besonders ehrenamtliche Strukturen der (selbstorganisierten) Jugendarbeit werden vor große Herausforderungen gestellt. Die Jugendverbandslandschaft in Hessen ist vielfältig und verfügt über eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationsstrukturen.

Die erfolgreiche Umsetzung von Kindeswohlschutz in der Jugendverbandsarbeit muss die gewachsenen strukturellen und organisatorischen Besonderheiten der Verbände berücksichtigen. Nur wenn sie mit der gelebten Praxis der Verbände vereinbar ist, kann sie Anwendung finden und erfolgreich sein.

Jugendverbandsstrukturen brauchen in diesen Prozessen mehr Beratung und Unterstützung – rein ehrenamtliche Strukturen können diese Prozesse nur sehr schwer oder gar nicht aus sich heraus anstoßen.

Auch über den Schutz des Kindeswohls in den eigenen Strukturen hinaus kommt Jugendverbänden beim Schutz von Kindern und Jugendlichen eine besondere Bedeutung zu. Ihre Arbeit hat einen starken Fokus auf Partizipation und Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen. Junge Menschen, die sich selbst als handelnde Subjekte wahrnehmen und für ihre Interessen einstehen können, fällt es leichter sich gegenüber potentiellen Täter_innen zu behaupten. Die Erhebung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs verdeutlicht, dass die Ansprechbarkeit der eigenen Erfahrung eine zentrale Bedeutung für die Verarbeitung des Erlebten für die Betroffenen hat. Dabei zeigt sich, wie schwierig es für Betroffene ist, die eigenen Erfahrungen anzusprechen bzw. damit gehört zu werden. Jugendverbandsarbeit kann mit Camps, Zeltlagern und Ferienfreizeiten eine Lösung der Kinder und Jugendlichen aus ihrem Alltag und darüber gegebenenfalls eine erhöhte Sprachfähigkeit ermöglichen, wenn die dazu notwendige Kultur und Schutzmaßnahmen vorhanden sind. Leider ist die Forschung in diesem Bereich noch nicht ausgereift.

: Forderungen

Landesfachstelle für Prävention und Kindeswohl in der Jugendarbeit einrichten

Die passgenaue Entwicklung und Implementierung und Aufrechterhaltung von Präventions-, Schutz- und Interventionskonzepten erfordern einen erhöhten Bedarf an fachlicher Begleitung. Um dem gerecht zu werden, benötigen die Jugendverbände eine unterstützende und begleitende Landesfachstelle. Mit der Einrichtung der Landesfachstelle soll eine beratende, steuernde und koordinierende Funktion für gemeinsame Qualitätsstandards in der Prävention gewährleistet werden.

Fachliches Netz für Ehrenamtliche und Betroffene knüpfen

Ehrenamtliche und Betroffene benötigen professionelle Anlaufstellen sowie fachliche Beratungen. Über den Aufbau einer Vernetzung kann eine passgenaue Abdeckung erreicht werden.

Fördermöglichkeiten etablieren

Um an Präventions-, Schutz- und Interventionskonzepten arbeiten zu können, benötigen ehrenamtliche Strukturen verlässliche und planbare Förderungen. Mit ihnen können beispielsweise flächendeckend regelmäßige Fortbildungen, Beratungen oder Supervisionen ermöglicht werden. Ausweitung bestehender und Schaffung neuer Angebote für junge Menschen über Mittelbereitstellung und Informationsausbau. Das Land Hessen soll bereits bestehende und gut zugängliche, ambulante Angebote zur Psychotherapie für junge Menschen und deren Angehörige finanziell stärker unterstützen, neue Angebote schaffen und stärker sichtbar machen. Hierzu sollen insbesondere kinder- und jugendpsychiatrische Angebote finanziell gefördert werden. Es soll flächendeckend Angebote geben, die zum Thema mentale Gesundheit von jungen Menschen aufmerksam machen und aufklären, besonders in Bezug auf Bewältigung und Unterstützung.

: Mentale Gesundheit von jungen Menschen fördern

Die Förderung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine politische und gesellschaftliche Aufgabe. Kriege, Pandemie und Klimakrise machen Kindern und Jugendlichen Angst und setzen sie unter Stress. Zudem müssen Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit für die Schule aufwenden. Anstatt Zeit zum Spielen, im Freundeskreis, für eigene Interessen und zum Ausprobieren zu haben, sorgen sich Kinder und Jugendliche um Bildungserfolge, ihre Zukunft und die des Planeten. Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche das eigenen Heranwachsen und die eigene Pubertät als eine Zeit der Verunsicherung, in der viele Dinge in Frage gestellt und neu bewertet werden, empfinden. All diese gesellschaftlichen und entwicklungspsychologischen Herausforderungen können sich auf der individuellen Ebene als Beeinträchtigung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen teilweise massiv auswirken. Aus der COPSYS-Studie, die seit Mai 2020 durchgeführt wird, geht hervor, dass Beeinträchtigungen der mentalen Gesundheit bei jungen Menschen zunimmt. Zu diesen Beeinträchtigungen zählen (Leistungs-)Druck und Stress aber auch Angst, psychische und psychosomatische Erkrankungen. Alle haben sie gemeinsam, dass sie sich negativ auf Wohlergehen, selbstbestimmtes Aufwachsen, Bildungsbiografien und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen auswirken. Kinder und Jugendliche brauchen viel mehr zeitliche Freiräume und Perspektiven, um gefestigte Persönlichkeiten und Resilienzen herausbilden zu können und dem Anstieg psychischer und psychosomatischer Erkrankungen bei jungen Menschen entgegenwirken zu können. Hauptberufliche und Ehrenamtliche, Eltern, Sozialpädagog_innen und Lehrer_innen waren und sind mit diesem Thema häufig überfordert und Hilfe für die Betroffenen

bleibt oft aus. Kinder und Jugendliche brauchen deutlich mehr selbstbestimmten Raum und mehr Zeit ohne Druck.

In Betrachtung der Erfahrungswelt junger Menschen wird deutlich, dass Kinder- und Jugendarbeit einen maßgeblichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und zur mentalen Gesundheit junger Menschen beitragen kann. Neben Familie, Peergroup, Schule und Medien, bietet sie Freiräume an in denen sich Kinder und Jugendliche ausprobieren, sich und andere kennenlernen und gemeinsam wachsen können.

In der COPSYS-Studie ist deutlich zu erkennen, dass sich 70,7% der Kinder und Jugendlichen durch die Pandemie und die dadurch entstehenden Einschränkungen belastet fühlen und 24,1% Symptome einer Angststörung zeigen. Psychische und psychosoziale Belastungen haben aber vielfältige und komplexe Ursachen und lassen sich nicht allein auf die Corona-Pandemie zurückführen. So sind beispielsweise Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringen oder prekären Familieneinkommen, stärker betroffen.

Um Kinder und Jugendliche zu befähigen Resilienzen zu entwickeln, müssen ihre Bedürfnisse stärker berücksichtigt werden. Sie brauchen mehr Anerkennung, Entlastung von den gesellschaftlichen Erwartungen und dem aus dem Bildungssystem resultierenden Druck. Sie brauchen mehr freie Zeit und mehr Freiräume. Mentale Gesundheit ist kein neues Thema. Die Kinder- und Jugendarbeit in Hessen muss weiterhin in Bezug auf mentale Gesundheit junger Menschen ausgebaut und unterstützt werden.

: Forderungen



Unterstützung und Ausbau telefonischer Hilfeangebote 24/7 und mehrsprachig

Das Netzwerk von telefonischen Hilfsangeboten für Menschen, die unter psychischen Belastungen leiden, ist leider nicht ausreichend und nur sehr begrenzt abrufbar. Die Erreichbarkeit befindet sich oftmals außerhalb von benötigten Zeiten (nach der Schule/Ausbildung/Universität und weitere) und deckt dadurch nur einen sehr kleinen Teil des Bedarfes ab. Dies wird dadurch, dass bisherige Angebote nicht mehrsprachig sind und auch nicht vom Ausland aus erreichbar, noch verstärkt. Es geht hierbei um Menschen, die diese Angebote wirklich brauchen. Das Land Hessen soll telefonische Hilfsangebote bereitstellen oder bereits bestehende unterstützen, um eine bessere Erreichbarkeit zu gewährleisten. Des Weiteren muss es auch für Ehrenamtliche bei Freizeiten, Zeltlagern, außerschulischer Jugendbildung und weiteren Angeboten der Kinder und Jugendarbeit im In- und Ausland die Möglichkeit geben, ein solches Hilfs- und Beratungsangebot zu konsultieren.

Junge Menschen im Ehrenamt bei Kinder- und Jugendfreizeiten: Juleica- Baustein (präventiv) und Beratungsstelle (interventiv) als kontinuierliche Betreuung

Der Umgang mit psychischen Erkrankungen ist oftmals, sowohl für die Betroffenen als auch für ehrenamtliche Betreuer_innen überfordernd und schwierig. Als präventive Maßnahme soll ein Juleica-Baustein erarbeitet werden, in dem Menschen den Umgang mit psychischen Erkrankungen erlernen, souverän Hilfesuchenden eine Unterstützung sein aber auch Resilienz vermitteln können. Diese Entwicklung soll durch das Land Hessen finanziell gefördert werden. Des Weiteren fordern wir eine Beratungsstelle für Ehrenamtliche zum Umgang mit jungen Menschen, die psychisch erkrankt sind und zum möglichen Austausch über Probleme und Problembewältigung.

Ausweitung psychosozialer Beratung an Berufsschulen, Schulen, Universitäten und Hochschulen

Psychosoziale Beratung ist an vielen Stellen ein schulischer Standard, dennoch ist es kein umfassendes Angebot. An vielen Hochschulen finden sich psychosoziale Beratungsstellen, die aber oft sehr lange Wartelisten haben und keine ausreichende Unterstützung für junge Menschen bieten. An Berufsschulen und Schulen findet man ein solches Angebot noch seltener. Wir fordern einen durch das Land Hessen geförderten Ausbau der bereits bestehenden psychosozialen Beratungsstellen und eine Unterstützung zum Aufbau von solchen Stellen an den Orten, an denen sie sich noch nicht befinden.

Mentale Gesundheit als verpflichtendes Modul in Lehrer_innen- Ausbildung

Lehrer_innen sind Personen, die häufig mit Kindern und Jugendlichen im Alltag zu tun haben und deshalb negative Entwicklungen wie emotionalen Rückzug, Verschlechterung der mentalen Gesundheit, Verhaltensstörungen und ähnliches erkennen können sollten. Das Konzept von Vertrauenslehrer_innen ist aus unserer Sicht nicht ausreichend, um diesem wichtigen Thema angemessen zu begegnen. Wir fordern die Lehrkräfteakademie Hessen und das Kultusministerium Hessen auf, dass das Thema „Mentale Gesundheit von jungen Menschen“ in die Ausbildung von Lehrer_innen aufgenommen wird und Lehrer_innen darüber hinaus verpflichtende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen erhalten. Lehrer_innen müssen insofern aus-, fort-, und weitergebildet werden, so dass die Themen mentale Gesundheit und Resilienzförderung in den Fokus des pädagogischen Handelns gesetzt werden.

: Jugendbeteiligung stärken und Wahlalter senken

Wirksame Jugendbeteiligung bedeutet, jungen Menschen Verantwortung zu übertragen und sie als Mitglieder unserer Gesellschaft sowie ihre Interessen, Anliegen und Bedürfnisse ernst zu nehmen. Jugendbeteiligung ist ein wesentlicher Bestandteil der politischen Bildungsarbeit, stärkt die demokratische Haltung und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen und fördert die Lebendigkeit der Demokratie.

Vor allem sorgt Jugendbeteiligung für eine jugendgerechte Ausgestaltung von Politik und Gesellschaft. Durch vielfältige und wirksame Beteiligungsstrukturen finden jugendliche Interessen eine stärkere Berücksichtigung in politischen Entscheidungsprozessen. Dies betrifft einerseits Politikfelder, deren direkte Zielgruppe junge Menschen sind (wie Bildungspolitik). Aber auch andere Politikbereiche, die weitreichende Auswirkungen auf das Leben von Kindern und Jugendlichen haben (etwa Klima- oder Sozialpolitik), sollten daher von ihnen mitgestaltet werden.

Jugendbeteiligung ist sehr divers und nicht zwingend ein von Politik initiiertes Prozess. Vielmehr findet Beteiligung junger Menschen auch in gewachsenen Strukturen wie Jugendverbänden, Jugendringen, großen Jugendbewegungen und kleinen selbstorganisierten Initiativen statt. Hierfür brauchen junge Menschen Frei- und Gestaltungsspielräume. Jugendbeteiligung geschieht aus eigenem Antrieb und verdient Wertschätzung und politische Beachtung. Die Bedeutung wirksamer und fest verankerter Beteiligungsinstrumente junger Menschen, die die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen in politischen Entscheidungen angemessen berücksichtigen, wurde während der Corona-Pandemie deutlich. Da viele Beteiligungsstrukturen nicht oder nur eingeschränkt funktionierten, wurde erst nach Monaten deutlich, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei den ergriffenen Schutzmaßnahmen zu wenig Berücksichtigung fanden.

Junge Menschen haben gesetzlich verankerte Beteiligungsrechte, die es umzusetzen gilt. Im §8 SGB VIII wird die altersgerechte Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden Fragen der öffentlichen Jugendhilfe vorgeschrieben. Darüber hinaus gelten die in der UN-Kinderrechtskonvention aufgelisteten Rechte auf Beteiligung vollumfänglich im Rang eines Bundesgesetzes. Die Aufnahme der Kinderrechte in die Hessische Landesverfassung im

Jahr 2018 hat die grundlegende Bedeutung dieser Rechte für das Land Hessen noch einmal unterstrichen. Auch in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist das Recht junger Menschen auf Beteiligung in Hinblick auf kommunalpolitische Entscheidungsprozesse verankert.

Jugendbeteiligung braucht Qualitätsstandards: transparente, nachvollziehbare Beteiligungsprozesse, Klarheit über Entscheidungsspielräume, jugendgerechte und attraktive Methoden, Inklusion und Offenheit für alle Jugendlichen, der Aufbau nachhaltiger Strukturen und Netzwerke, Wirksamkeit und zeitnahe Umsetzung von Entscheidungen, eine pädagogische Betreuung mit einer partizipativen Haltung, gleichberechtigte Kommunikation sowie eine transparente Dokumentation und Evaluation. Und die Partizipationserfahrungen junger Menschen sollten pädagogisch reflektiert werden.

Die Beteiligung junger Menschen darf nicht nur auf ihr direktes Lebensumfeld beschränkt sein. Gelingende Jugendbeteiligung orientiert sich an der Lebenswelt junger Menschen. Hier sind Beteiligungsrechte leicht umsetzbar und deren Ergebnisse am besten sichtbar. Nur reichen die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen über diese Ebene hinaus. Auch in landes-, bundes- und europapolitischen Angelegenheiten müssten sie stärker berücksichtigt werden.

Ein wichtiger Schritt, um den Interessen junger Menschen in der hessischen Landespolitik mehr Gewicht zu verleihen, ist die Wahlalterabsenkung auf 16 Jahre. Das würde auch eine stärkere Identifikation junger Menschen mit der Demokratie bewirken.

Eine Landesfachstelle „Jugendbeteiligung“ könnte die Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene weiter vorantreiben. Sie wäre auch für die Beratung und Qualifikation von freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe zuständig. Die erstmalige Umsetzung des HOP! Landesjugendkongresses im Dezember 2022 ist zwar ein Meilenstein, kann aber als offenes Dialogformat nicht das einzige Instrument einer wirksamen Jugendbeteiligung auf Landesebene bleiben. Vielmehr braucht es auch auf Landesebene zukünftig einen Partizipationsmix, der möglichst viele verschiedene junge Menschen erreicht und anspricht.

: Forderungen



Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre senken

Junge Menschen sollten mit 16 Jahren an allen demokratischen Wahlen teilnehmen dürfen (Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Bundestagswahlen, Europawahlen).

Partizipationsmix für Jugendbeteiligung auf Landesebene umsetzen und verankern

Auch auf Landesebene müssen junge Menschen vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung haben. Dafür muss ein Mix an Beteiligungsformaten implementiert werden, der neben offenen Dialogformaten wie dem HOP! Landesjugendkongress auch digitale Beteiligungsansätze umfasst. Der HOP! Landesjugendkongress muss regelmäßig gefördert und politisch unabhängig umgesetzt werden (z.B. im Rahmen eines besonderen Landesaktionsprogramms).

Fachstelle Jugendbeteiligung schaffen

Es braucht eine politisch unabhängige Landesfachstelle Jugendbeteiligung mit guter finanzieller Ausstattung, die die Beteiligungsformate auf Landesebene koordiniert und pädagogisch begleitet und darüber hinaus hessenweit Beratung und Qualifizierung anbietet. Sie wäre auch für Kommunen die zentrale Anlaufstelle in Fragen einer gelingenden Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene.

Kommunale Beteiligungslandschaften ausbauen

Auf kommunaler Ebene sollte Jugendbeteiligung weiter gefördert bzw. ausgebaut und entsprechend den Qualitätsstandards umgesetzt werden. Dabei gilt es, gewachsene Strukturen der Jugendbeteiligung und Selbstorganisation junger Menschen (z. B. in Jugendringen) anzuerkennen und zu unterstützen, indem diese strukturell gefördert und maßgeblich an solchen Prozessen beteiligt werden. Generell müssen beim Aufbau kommunaler Jugendbeteiligung die Rahmenbedingungen vor Ort und die Interessen junger Menschen stärker berücksichtigt werden.

: Gleiche Chancen für alle – Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

Niemand und vor allem kein Kind oder kein_e Jugendliche_r sollte in Armut leben müssen. Dies legt auch die UN-Kinderrechtskonvention fest. Alle Kinder haben das Recht auf Bildung, Gesundheit, angemessene Lebensbedingungen und ein Recht nicht in Armut leben zu müssen. Zur Umsetzung dieser Rechte hat sich Deutschland verpflichtet. Umso erschreckender ist das Ausmaß der Armutsbetroffenheit unter Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In Deutschland wächst jedes fünfte Kind bzw. Jugendliche und sogar jede_r vierte junge Erwachsene in Armut auf. Auch in Hessen sind nach wie vor viele Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. Dabei ist Armut weder zufällig noch selbstverschuldet. Sie ist ein strukturelles Problem mangelnder Umverteilung und unzureichender sozialstaatlicher Maßnahmen. Sozialprogramme verfehlen oft die notwendige Wirkung. Teilhabe muss endlich barrierearm gestaltet werden. Seit 2011 gibt es das Bildungs- und Teilhabepaket zur Sicherung des Existenzminimums von Kindern und Jugendlichen in Haushalten, die Transferleistungen beziehen. Trotz Anpassung des Pakets und einer steigenden Zahl von Armutsbetroffenen bleibt die Zahl derjenigen, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beziehen, auf sehr geringem Niveau. In Hessen liegt ihr Anteil bei gerade einmal 8,2 Prozent.

Die Kinder- und Jugendarmut hat sich in den letzten Jahren stetig verschärft und hat aufgrund aktueller Krisen wie der Corona-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eine neue besorgniserregende Brisanz erreicht. Strukturelle Benachteiligungen und Risikofaktoren werden zunehmend verstärkt und ebnen den Weg in die Armutspirale. Steigende Preise belasten von Armut betroffene Familien in besonderem Maße. Sie führen zu zusätzlichen Einschränkungen in den Entfaltungsmöglichkeiten junger Menschen. Teilhabemöglichkeiten werden stärker verwehrt, Selbstbestimmung enorm eingeschränkt und eigenständiges Wohnen verhindert.

Armut bedeutet in allen Lebensbereichen Einschränkungen und Unterversorgung. Fehlende finanzielle Ressourcen beeinflussen die Lebensqualität und Zukunftschancen negativ und können physische und gesundheitliche Probleme hervorrufen. Kinder und Jugendliche sind immer von der finanziellen Lage ihrer Eltern abhängig: arme Eltern bedingen arme Kinder. Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mangelnde und unzureichende Betreuungsangebote wirken sich auf das Armutsrisiko von Kindern aus.

Für Kinder und Jugendliche ist diese Abhängigkeit besonders folgenreich. Zum einen erhöht sich das Risiko weiterer oder dauerhafter Armut, je früher Menschen Armutserfahrungen machen. Zum anderen kann sich in der Kindheit erlebte Armut über das Elternhaus hinaus verfestigen und sorgt so vor allem beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung bzw. Studium zu unsicheren Bedingungen und einem höheren Risiko für Arbeitslosigkeit und Armut. Dies führt zu Perspektivlosigkeit, hindert Jugendliche daran, diesen Übergang selbstbestimmt zu gestalten und schränkt die potentiellen Möglichkeiten ihres persönlichen und beruflichen Werdegangs stark ein. Das deutsche Bildungssystem bietet nur sehr bedingt einen Ausweg aus diesem Kreislauf.

Materielle Möglichkeiten haben nicht nur langfristige Auswirkungen auf junge Menschen. Kinder und Jugendliche sind in ihrem alltäglichen Leben einem starken sozialen Druck ausgesetzt, „mithalten“ zu können: Ein Handy der neuesten Generation zu haben, schöne und neue Klamotten zu tragen, teuren Hobbies nachzugehen, die die weitere Entwicklung fördern und regelmäßig stattfindende Urlaube. Armut bedeutet deshalb für Kinder und Jugendliche immer auch mangelnde persönliche Entwicklungsmöglichkeiten, wenig bis kein „Ausprobieren“, Scham, Demütigung und soziale Isolation.

Gleichzeitig haben für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe eine wichtige Funktion: Freunde treffen, sich ausprobieren, neue Dinge und Perspektiven kennenlernen, sich einbringen. Diese Aspekte sind nicht nur für die Entwicklung junger Menschen zentral, sondern auch ein wesentliches Recht jedes Kindes und Jugendlichen. Die Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten aller Kinder und Jugendlichen sind stark ausbaufähig. Ob soziale, kulturelle, politische oder außerschulische (Jugendbildungs-)Angebote: Teilhabemöglichkeiten bleiben oft verwehrt, weil aufgrund mangelnder finanzieller und auch ideeller Ressourcen eine Teilnahme an Vereinsaktivitäten, Klassenfahrten oder Geburtstagsfeiern schlichtweg nicht möglich ist. Auch während der Ausbildung, dem Studium oder in einem Arbeitsverhältnis können Jugendliche und junge Erwachsene von Armut betroffen und damit von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sein.

: Forderungen



Teilhabe aller Kinder und Jugendlicher stärken

Um die Teilhabe aller Kinder und Jugendlicher zu sichern, braucht es finanzielle Unterstützung von Familien. Bestehende Leistungen müssen gebündelt und es muss darauf hingewirkt werden, dass gesetzliche Regelungen angepasst werden. Teilhabemöglichkeiten sind wichtiger Bestandteil der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Außerschulische Bildungsangebote, die Mitwirkung in Jugendgruppen oder das Engagement im Sportverein übernehmen wichtige Aufgaben der Persönlichkeitsentwicklung bei jungen Menschen. Angebote der Jugendarbeit müssen für alle Kinder und Jugendliche nutzbar und zugänglich sein. Die sozioökonomische Situation der Familie darf kein Hinderungsgrund für die Teilhabe dieser Angebote sein. Wir fordern die Landesregierung auf, ausreichend landesweite finanzielle Unterstützungsprogramme bereitzustellen, die für Familien einfach und unbürokratisch in Anspruch genommen werden können.

Kostenlose und ausreichende Bildung und Betreuung sicherstellen

Jedes Kind hat das Recht auf Bildung und gleiche Chancen von klein auf. Leider besteht in Deutschland immer noch ein nachweislicher Zusammenhang zwischen Einkommen, Bildungserfolg und sozialem Status. Bildungschancen dürfen jedoch nicht von der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen abhängig sein. Die unzureichenden Möglichkeiten und Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mangelnde und unzureichende Betreuungsangebote, aber auch ein selektives und ungerechtes Bildungssystem sind Gründe dafür. Um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu erreichen und Kinder- und Jugendarmut entgegenzuwirken, brauchen wir ein kostenloses Bildungssystem und den Ausbau von Betreuungsangeboten. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Lehrmittelfreiheit konsequent umgesetzt wird und ausreichende und kostenfreie Krippen- und Kindergartenplätze zur Verfügung stehen.

Bürokratie beim Teilhabepaket abschaffen

Das Teilhabepaket wurde als finanzielles Unterstützungsprogramm installiert, um die Teilhabe junger Menschen zu unterstützen. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist jedoch aufgrund der bürokratischen Hürden für viele Anspruchsberechtigte unzugänglich und wirkt stigmatisierend. Es fehlt an präziser Formulierung, welche Angebote mit den Leistungen abgedeckt werden können. Darüber hinaus braucht es eine klare Kommunikation über Inhalte, Vorgehen und Transparenz, wer einen Antrag stellen kann. Die aktuelle Praxis bringt eine sehr hohe Beratungsleistung der Träger mit sich und bietet Familien zu wenig Informationen. Die Landesregierung ist gefordert diese bürokratischen Hürden abzuschaffen und den Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket für alle Kinder und Jugendliche und deren Familien unkompliziert zugänglich zu machen und ausreichend Informationen zum Vorgehen bereitzustellen. Dazu zählt auch, dass Ämter und Behörden alle zur Verfügung stehenden verschriftlichten Informationen wie beispielsweise Auskünfte oder Broschüren mehrsprachig und digitalisiert anbieten und die Möglichkeit der Wissensaneignung auf anderen Sprachen prominent beworben wird.

Regelmäßige Bedarfserhebung für und mit Jugendlichen einführen und finanzieren

Um über Kinder- und Jugendarmut zu sprechen und entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung dieser zu entwickeln, braucht es einen klaren Blick auf das Thema. Wie wachsen Kinder in Armut auf? Wie verändert sich Armut? Und welche Bedarfe von Kindern und Jugendlichen ergeben sich daraus? Nur mit einem gezielten Blick auf Kinder- und Jugendarmut in Hessen, können Instrumente angepasst und bedarfsgerechte und effektive Maßnahmenpakete entwickelt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, einen regelmäßigen Kinder- und Jugendbericht zu erarbeiten, der als Grundlage für entsprechende Maßnahmen dient.

: Partizipation, Empowerment und rassistisch-kritische Veränderungen ermöglichen

Wir leben in einer postmigrantischen Gesellschaft. Das wird auch für junge Menschen immer selbstverständlicher. Laut dem Hessischen Integrationsmonitor hatten 2020 36% aller Menschen in Hessen eine Migrationsgeschichte. Bei Kindern und Jugendlichen unter 25 sind es sogar knapp 50%. Die Vielfalt pluraler Zugehörigkeiten, hybrider Identitäten und heterogener Erfahrungswelten findet sich auch in den hessischen Jugendverbänden und jugendpolitischen Selbstorganisationen wieder. Diese Vielfalt geht mit demokratischen Aushandlungsprozessen um Zugehörigkeit, Identität, politische Teilhabe und Chancengerechtigkeit einher. Zeitgleich haben junge Erwachsene ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass die postmigrantische Realität noch nicht in allen Bereichen der Gesellschaft angekommen ist. Der rassistische Terroranschlag in Hanau am 19. Februar 2020, die strukturellen Benachteiligungen im (jugend-)politischen Raum sowie die Unterrepräsentanz von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte in Politik und Zivilgesellschaft machen schmerzhaft deutlich, dass die plurale Gesellschaft ihr Versprechen der gleichen Teilhabe aller noch nicht eingelöst hat.

In den vergangenen Jahren kamen nicht nur in die hessischen Jugendverbände aktive Mitglieder mit Migrationsgeschichte hinzu, es gründeten sich zahlreiche neue Vereine, Jugendinitiativen und Jugendselfstorganisationen, die sich in der bestehenden Angebotsstruktur der hessischen Jugendarbeit nicht repräsentiert fühlen. Es sind junge Menschen mit Migrationsgeschichte, Schwarze Jugendliche, jüdische und muslimische Menschen, Rom_nja, Sinti_zze und Black, Indigenous, People of Color (BIPOC) und viele mehr, die mit ihren Erfahrungen und Bedarfen in Politik und Gesellschaft gehört, anerkannt und repräsentiert werden wollen. Sie schließen sich selbstorganisiert zusammen und fordern eigene Räume für Austausch und Selbstermächtigung, in denen sie mit Gleichaltrigen über ihre Bedürfnisse und Erfahrungen sprechen, gemeinsam Visionen einer solidarischen und gerechten Gesellschaft entwerfen und sich gegenseitig ermutigen, gegen Rassismus und Diskriminierung anzugehen. Von Anfang an sind sie Mitgestaltende, die selbst entscheiden und mitreden wollen. Um alle jungen Erwachsenen in ihrer Persönlichkeitsentfaltung und in ihrem politischen Engagement zu unterstützen, ist es deshalb essenziell, deren Bedarfe ernst zu nehmen, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen und auf Veränderungen hinzuwirken.

Besonders jungen Menschen mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen wird es dauerhaft erschwert, langfristig angelegte Räume des Engagements zu schaffen und/oder an bestehenden Angebotsstrukturen zu partizipieren. Ein Blick auf die hessischen Strukturen der Jugendarbeit zeigt zudem, dass strukturelle Benachteiligung und exkludierende Teilhabebarrrieren bestehen. Zum einen sind junge Menschen mit Migrationsgeschichte durch kurzfristige Projektförderungen, hohe administrative Anforderungen und fehlende Repräsentation in Entscheidungsgremien in ihrer Aufbauphase in inhaltlicher, organisatorischer und finanzieller Sicht dauerhaft benachteiligt. Verschärft wird diese Problematik durch die Corona-Pandemie, die den Aufbau nachhaltiger Jugendstrukturen sowie die nicht-digitale Vernetzungsarbeit dauerhaft erschwert hat. Zum anderen bestehen in den etablierten Angebotsstrukturen der hessischen Jugendarbeit auf struktureller, personeller und auf der Ebene pädagogischer Angebote Repräsentationslücken und Diskriminierungsrealitäten.

Die Jugendarbeit in Hessen hat das Potential, auf diese Leerstellen zu reagieren und dauerhafte Strukturen und Räume zu schaffen, die junge Menschen mit Migrationsgeschichte selbstbestimmt gestalten können, die ihnen den Platz bieten, über ihre jeweiligen Interessen ins Gespräch zu kommen und sich selbst als wirkmächtige politische Subjekte zu erfahren.

: Forderungen



Landesfachstelle zur Unterstützung von Selbstorganisationen junger Menschen mit Migrationsgeschichte verstetigen

Mit der Landesfachstelle Hessen „Integration in der Jugendarbeit“, unterstützt der Hessische Jugendring seit Ende 2018 Selbstorganisationen junger Menschen mit Migrationsgeschichte mit einem breiten Beratungs- und Weiterbildungsangebot zu Themen wie rechtlichen Rahmenbedingungen, finanziellen Fördermöglichkeiten, jugendpolitischen Strukturen und Methoden der Kinder- und Jugendarbeit. Gerade in der Corona-Pandemie zeigte sich, wie wesentlich ein verlässlicher landesweiter Ansprechpartner für den Erhalt sowie den Auf- und Ausbau der Selbstorganisationen ist. Wir fordern eine Verstetigung der Landesfachstelle sowie die Ausstattung mit Fördermitteln für den Aufbau von Selbstorganisationen junger Menschen mit Migrationsgeschichte.

Aufbau- und Regelförderung für Jugendverbände mit Migrationsgeschichte schaffen

Neben einer (projektförmigen) Förderung und einer kontinuierlichen Begleitung in der Aufbauphase neuer Jugendorganisationen ist es unbedingt notwendig, dass die Selbstorganisationen im Anschluss in eine regelhafte, angemessene Förderung überführt werden. Nur durch eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung kann ein nachhaltiges Wirken der Organisationen und die Aggregation der Interessen junger Menschen gesichert werden. Wir fordern hierzu die Mittel der Jugendarbeit in Hessen entsprechend zu erhöhen, um eine nachhaltige Regelförderung für Selbstorganisationen junger Menschen mit Migrationsgeschichte sicherzustellen.

Selbstorganisationen unterstützen

Jugendliche Selbstorganisationen sind oft mit hohen bürokratischen Hürden im Auf- und Ausbau und in der Finanzierung ihrer Jugendarbeitsstrukturen konfrontiert. Besonders betrifft das Jugendgruppen und Initiativen junger Menschen mit Migrationsgeschichte, die nicht an größere Strukturen angegliedert sind. Deswegen fordern wir möglichst niederschwellige Möglichkeiten zur Finanzierung kleiner Projekte sowie eine breite Sensibilisierung öffentlicher Strukturen in Bezug auf rassistisch-kritische Arbeit und Diversität in den Kommunen und auf Landesebene. Dadurch können gerade die Belange von (kleineren) Initiativen junger Menschen mit Migrationsgeschichte besser aufgegriffen werden. Förderlinien sind so zu gestalten, dass administrative Hürden minimiert und strukturelle sowie sprachliche Benachteiligungen abgebaut werden.

Angebote zur diversitätssensiblen und rassistisch-kritischen Öffnung von Jugendverbänden fördern

Um Hürden und Teilhabebarrrieren für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen abzubauen, bedarf es nachhaltiger Angebote für rassistisch-kritische und diversitätssensible Öffnungsprozesse in Jugendverbänden. Hierfür hat der Hessische Jugendring in den letzten Jahren mit der Landesfachstelle „Integration in der Jugendarbeit“ zahlreiche Konzepte und Weiterbildungsangebote erfolgreich entwickelt und erprobt. Daher fordert der Hessische Jugendring die Fortführung der finanziellen und ideellen Förderung von Projekten sowie den Ausbau von Angeboten zur rassistisch-kritischen Sensibilisierung und Öffnung der Jugendverbandsarbeit. Diese sollen von Betroffenen mit konzipiert und durchgeführt werden.

: Mehr Angebote der queeren Jugendarbeit

Jugendliche erleben das Erwachsenwerden meist als eine anstrengende, aber spannende Zeit voller neuer Erfahrungen und dem stetigen Weiterentwickeln der eigenen Identität. Eine besonders prägende und aufregende Facette der Identitätsentwicklung ist die Auseinandersetzung mit Geschlecht und Sexualität. Im Jugendalter beginnen Menschen, sich aus neuen Perspektiven mit dem eigenen Körper zu beschäftigen, sammeln oftmals erste sexuelle Erfahrungen und lernen mehr über ihre eigene geschlechtliche Zuordnung und ihr sexuelles und romantisches Begehren. Die Vielfalt an sexuellen und geschlechtlichen Identitäten wird in vielen Jugendverbänden und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Hessen immer häufiger bewusst aufgegriffen und so zu einem festen Bestandteil von Angeboten. Dies ist ein wichtiger und notwendiger Prozess, da es Grundlage und Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit ist, junge Menschen in ihrem Aufwachsen und ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu begleiten und bestmöglich zu unterstützen. Queere Menschen finden sich schließlich überall – auch in den Angeboten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit.

Queere Menschen bilden ein breites Spektrum an Identitäten und Lebensweisen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Erfahrungen ab: sie können lesbisch, schwul, bisexuell, trans, inter*, queer und einiges mehr sein (LSBTI*Q). Ihre queere Identität spiegelt dabei eine wichtige Facette der Persönlichkeit wider. Gemeinsam haben sie, dass sie von der gesellschaftlichen Norm in Bezug auf ihre geschlechtliche und/oder sexuelle Identität abweichen und die daraus resultierenden Folgen zu spüren bekommen. Errungenschaften der letzten Jahre – wie das eingeschränkte Verbot von geschlechtsverändernden Operationen an inter* Kindern, der Teilschutz vor sogenannten Konversionsbehandlungen oder der dritte Geschlechtseintrag „divers“ – konnten Verbesserungen für LSBTI*Q erzielen. Studien und die pädagogische Praxis machen jedoch deutlich, dass queere Menschen einem erhöhten Druck durch Diskriminierung und mangelnde Repräsentation ausgesetzt sind. Normative Vorstellungen von Geschlecht und starre Rollenbilder führen dazu, dass Menschen, die beispielsweise nicht heterosexuell begehren und lieben oder deren geschlechtliche Identität trans ist, immer noch Skepsis, Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt erfahren. Außerdem können LSBTI*Q durch die Verschränkung von Queerfeindlichkeit mit weiteren Diskriminierungsformen wie Rassismus mehrdimensionaler Diskriminierung ausgesetzt sein.

Besonders für junge LSBTI*Q haben Diskriminierungserfahrungen oftmals einen erheblichen Einfluss auf ihre Persönlichkeitsentwicklung und erschweren ein positives Erleben der eigenen Jugend. Zusätzlich stoßen queere Jugendliche häufig in der eigenen Familie beziehungsweise ihrem nahen sozialen Umfeld noch immer auf Unverständnis, Ablehnung und Diskriminierung. Die fehlende Unterstützung durch zum Beispiel Eltern und Freund_innen verdeutlicht den hohen Stellenwert, den Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit für junge Queers haben können. Diese Angebote haben das Potential, einen alternativen Raum zu eröffnen, den die jungen Menschen partizipativ und selbstermächtigend gestalten und dabei ihre (gemeinsame) queere Identität offen und selbstbewusst zeigen können.

In Hessen gibt es immer mehr spezifische Angebote für queere Kinder und Jugendliche. Diese Angebote konzentrieren sich meist in den größeren Städten und in Süd- und Mittelhessen. Daraus resultierende Angebotslücken führen dazu, dass gerade junge Queers im ländlichen Raum sich oft nur digital mit anderen queeren Jugendlichen austauschen können. Das Fehlen von queeren Jugendlichen im unmittelbaren Umfeld kann bei den Jugendlichen das Gefühl verstärken, ‚anders‘ zu sein und nicht offen mit der eigenen queeren Identität umgehen zu können. Queere Jugendarbeitsangebote können dieser Schieflage entgegenwirken, indem sie queeren Kindern und Jugendlichen in deren Sozialraum Angebote eröffnen und sie so angemessen in ihrem Aufwachsen begleiten und unterstützen. Um dieser sensiblen Aufgabe nachkommen und qualitativ hochwertige queere Jugendarbeit anbieten zu können, ist die Qualifikation von Seiten der ehren- und hauptamtlichen Fachkräfte und Jugendleiter_innen essentiell. Um diesen Anforderungen nachkommen zu können, braucht es neben kommunalen Angeboten auch weiterhin eine Strategie auf Landesebene, die Angebotslücken identifiziert und die qualitative Weiterentwicklung der queeren Jugendarbeit sicherstellt.

: Forderungen

Angebote in ländlichen Räumen ausbauen

Queere Jugendliche in ländlichen Regionen können meist nicht auf Community-Strukturen zurückgreifen und haben oftmals kaum Möglichkeiten anonym und niedrigschwellig queere Jugendfreizeitangebote wahrzunehmen. Deshalb braucht es hessenweit mehr Angebote für queere Jugendliche, um diese auch in ländlichen Regionen zu erreichen und begleiten zu können. Das Projekt „Queere Jugendliche im ländlichen Raum“ versucht dieser Schieflage entgegenzuwirken, indem an vier Standorten in Hessen neue Angebote entwickelt und die beteiligten Akteur_innen vor Ort ideell und finanziell unterstützt werden. Damit langfristig und flächendeckend bestehende Angebotslücken für queere Jugendliche in Hessen geschlossen werden können, braucht es eine Fortsetzung des Projekts.

Fachkräfte qualifizieren und sensibilisieren

Um junge Menschen in ihrem Heranwachsen umfassend begleiten zu können, sind (Basis-)Wissen und Sensibilisierung für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen essentiell. Dieses Bewusstsein muss in alle Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit einfließen und besonders in Bezug auf sexuelle Bildung berücksichtigt werden. Vielfaltsorientierte Sexualpädagogik sollte nicht vom Engagement einzelner Lehrpersonen oder anderer Fachkräfte abhängen. Hierfür muss die Qualifikation und Sensibilisierung von Fachkräften der Jugendarbeit, des Jugendhilfesystems und des Bildungssystems ausgebaut werden.

Ausbau der Landesfachstelle Hessen „Queere Jugendarbeit“ absichern

Immer mehr queere Jugendliche in Hessen können offen zu ihren Identitäten stehen, werden somit sichtbarer und bringen spezifische Bedarfe in die Angebote der Jugendarbeit ein. Hierfür bedarf es der Implementierung queersensibler Organisationsstrukturen und –kulturen. Um damit gut umzugehen, brauchen Fachkräfte Unterstützung. Die Beratungsanfragen an die Landesfachstelle Hessen „Queere Jugendarbeit“ nehmen zu und immer mehr Angebote für queere Jugendliche entstehen. Deshalb muss die Landesfachstelle dauerhaft finanziell abgesichert sein und ausgebaut werden, um die Jugendarbeit Hessens bei diesen Entwicklungs- und Öffnungsprozessen umfassend unterstützen zu können und damit queere Jugendarbeit in Hessen weiter auszubauen.

Schutz vor Diskriminierung und Gewalt garantieren

Das Land Hessen muss durch die Entwicklung eines Konzeptes verstärkt den wirksamen Schutz von jungen LSBTI*Q vor Gewalt und Diskriminierung sicherstellen. Hierzu muss die Bildungs- und Präventionsarbeit von Trägern und Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendhilfe qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die spezifischen Vulnerabilitäten von trans und inter* Jugendlichen zu berücksichtigen. Ebenfalls sollte die Betrachtung von mehrdimensionaler Diskriminierung (z.B. durch Queerfeindlichkeit und Rassismus) in die Entwicklung eines Konzeptes einfließen.

: Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit sicherstellen

Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung nutzen und brauchen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit gleichermaßen. Das verdeutlichen auch die aktuellen Studien des Deutschen Jugendinstituts und der Lebenshilfe e.V.. Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung haben altersspezifische Bedürfnisse nach Freizeit, Ablösung vom Elternhaus, Begegnungen mit Gleichaltrigen und Autonomie. In ihrem Aufwachsen können Kinder und Jugendliche durch viele verschiedene Jugendarbeits- und Jugendbildungsangebote gestärkt werden, sich vielfältig ausprobieren und ihre Erlebnisse mit anderen jungen Menschen teilen. Kinder- und Jugendarbeit richtet sich an alle jungen Menschen. Kindern und Jugendlichen mit Behinderung wird es jedoch oftmals erschwert, an offenen Angeboten teilzunehmen. Das kann unterschiedliche Gründe haben: eine eingeschränkte Mobilität und Barrieren im ÖPNV, fehlende Zugänge zu Informationen über Angebote, Diskriminierungserfahrungen oder fehlende Finanzierung von Teilhabe-Assistenz oder Gebärdensprachdolmetscher_innen. Jugendzentren und andere Räume sind nicht immer barrierefrei. Jugendleiter_innen und Fachkräfte sind häufig durch mangelndes Wissen über Behinderung, Inklusion oder über den sprachkulturellen Alltag tauber/gehörloser Communities verunsichert. All dies sind gute Gründe für einen Perspektivwechsel: viele Kinder und Jugendliche werden von den bestehenden Strukturen behindert, also daran gehindert, ihren altersstypischen Bedürfnissen nachzugehen.

Im Jahr 2020 waren in Hessen 21.538 junge Menschen unter 25 Jahren als „schwerbehindert“ registriert. Das bedeutet, dass Menschen, deren Grad der Behinderung bei mindestens 50 Prozent liegt, und die dafür einen amtlichen Ausweis beantragt und erhalten haben, in der Landesstatistik erfasst werden. Darüber hinaus gibt es viele tausende Kinder und Jugendliche ohne anerkannte „Schwerbehinderung“, die durch physische, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder durch chronische Erkrankung von Behinderungserfahrung betroffen sind.

Die Kinder- und Jugendarbeit in Hessen bietet zahlreiche Angebote und Projekte, an denen Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung teilnehmen können. Der Bedarf nach weiteren niederschwellig zugänglichen Projekten und Angeboten, für die sich die Kinder und Jugendlichen frei entscheiden können, ist aber viel höher. Die Interessen und Freizeitbedürfnisse junger Menschen mit Behinderung sind vielfältig. Kinder- und Jugendarbeit kommt nicht umhin, gemeinsam mit ihnen passende Angebote zu entwickeln und ihre Selbstorganisation zu unterstützen.

Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) bildet als Teil des SGB VIII eine Rechtsgrundlage dafür, die Kinder- und Jugendhilfe verbindlich inklusiv zu gestalten. Bisher fehlen dazu aber die notwendigen Ausführungsgesetze. Dafür bedarf es konkreter Umsetzungspläne des Landes Hessen und die Verpflichtung der kommunalen Jugendhilfe. Unter anderem muss geklärt werden, welche Stellen für die Finanzierung verantwortlich sind und an wen sich Verbände und Einrichtungen wenden können, wenn sie (weitere) inklusive Angebote schaffen wollen. Auch die Selbstorganisation und Selbstvertretung junger Menschen mit Behinderung muss gestärkt werden. Verständlicherweise gehen mit Gesetzesänderungen langfristige Prozesse einher, da Zuständigkeiten geklärt, Verantwortliche sensibilisiert und Wissen und Haltungen vermittelt werden müssen. Diese Veränderungsprozesse gelingen am besten in Zusammenarbeit mit Akteuren aus Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe und Selbstvertretungsorganisationen. Denn Inklusion ist keine leere Worthülse, sondern eine Praxis und ein Prozess hin zu einer inklusiven Gesellschaft.

: Forderungen



Landesweites Aktionsprogramm für Inklusion auflegen

Es braucht ein hessenweites „Aktionsprogramm Inklusion“ für eine breite gesellschaftliche Wirkung und eine stärkere Akzeptanz und Sensibilisierung in der Kinder- und Jugendhilfe. Dieses sollte in einem partizipativen Prozess mit den Akteuren der Jugendarbeit und der Behindertenhilfe entwickelt werden. Es sollte dazu dienen, mehr inklusive Angebote zu schaffen und vorhandene Angebote inklusiver zu machen. In diesem Rahmen können die ab 2024 geplanten Inklusions-Lots_innen frühzeitig fachlich geschult werden.

Selbstorganisation junger Menschen mit Behinderung stärken

Die Selbstorganisation junger Menschen ist ein wichtiger Grundstein der Jugendverbände, damit die Interessen und Bedarfe junger Menschen in Form von Selbstvertretung sichtbar werden können. Um die Partizipation und Selbstvertretung junger behinderter Menschen zu fördern, bedarf es der Öffnung und Sensibilisierung von Jugendverbänden und des Empowerments innerhalb der Behindertenhilfe sowie adäquater Unterstützungsangebote und Projektmittel für diejenigen, die sich in Form von Gruppen oder Vereinen selbstorganisieren möchten.

Landesfachstelle für Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit einrichten

Zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes in die pädagogische Praxis bedarf es fachlicher Begleitung, Qualifizierung und Sensibilisierung von Jugendleiter_innen und Fachkräften. Hierzu empfiehlt sich die Einrichtung einer Landesfachstelle „Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit“, finanziert durch das Land Hessen, um den großen Herausforderungen der nächsten Jahre gerecht zu werden und die nötigen Öffnungs- und Entwicklungsschritte in der Jugendarbeit möglich zu machen.

Strukturförderung implementieren und Tagessätze anpassen

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Hessen müssen durch gezielte und bedarfsgerechte Finanzierungsmöglichkeiten darin unterstützt werden, ihre Angebote und Strukturen inklusiver zu gestalten. Hierzu gehören einerseits niederschwellige Möglichkeiten zur Beantragung von Tagessätzen für Kurse und Freizeitangebote wie Zeltlager, Jugendbegegnungen und Bildungsfahrten, damit die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetscher_innen oder Inklusionskräften nicht aus Eigenmitteln geleistet werden muss. Andererseits muss die Infrastrukturförderung für Baumaßnahmen und Investitionen mit geringer Eigenmittelquote gewährleistet werden, um den Abbau von physischen Barrieren und den Aufbau von unterstützenden Systemen wie Aufzügen oder Bodenleitsystemen an den Orten der Jugendarbeit zu unterstützen.

: Teilhabe junger Geflüchteter stärken

Die Zahl der Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen, hat sich in den letzten Jahren stetig erhöht. Laut der Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen sind mit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen ist dabei sehr hoch.

Auch in Deutschland suchen Geflüchtete Schutz. Die Zahlen der gestellten Asylanträge in Deutschland sind seit Jahren auf einem hohen Niveau und steigen seit 2021 im Vergleich zu den Vorjahren wieder an. Auch in Hessen kommen nach wie vor viele Menschen mit Fluchterfahrung an, 43 Prozent davon sind minderjährig. Die Gründe aus denen Menschen ihre Heimat verlassen müssen sind vielfältig. Sie fliehen vor Krieg, politischer und religiöser Verfolgung, Armut, Diskriminierung, Umweltkatastrophen, Gewalt und anderen Menschenrechtsverletzungen. Es liegt in der Verantwortung aller Staaten, geflüchteten Menschen Schutz zu gewähren und ihnen ein sicheres Leben zu ermöglichen. Das gilt vor allem für Kinder und Jugendliche.

Kinder und Jugendliche sind in besonderem Maße betroffen und entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention zu schützen. Junge Menschen haben oft in ihren Heimatländern Gewalt erlebt und mussten Familie, Freunde und ihr vertrautes Umfeld, häufig abrupt verlassen. Auf der Flucht waren sie mit (lebens-) gefährlichen Situationen konfrontiert, hatten potentiell traumatische Erlebnisse und mussten mit der Unsicherheit umgehen, nicht zu wissen wie es weitergeht. In Deutschland müssen sich junge Geflüchtete, in einem fremden Land ohne Sprachkenntnisse und ohne soziales Umfeld, zurechtfinden. Sie müssen mit den Erfahrungen der Flucht und dem Verlust von allem Vertrauten umgehen. Laut der Online-Befragung des Bundesfachverbands unbegleitete minderjährige Flüchtlinge für das Jahr 2021, gehören aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten, psychische Belastungen, die Trennung von der Familie und fehlende soziale Kontakte zu den größten Herausforderungen junger Geflüchteter.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen Sicherheit und ihnen muss eine Zukunftsperspektive und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Ihnen müssen die gleichen Chancen und Förderungen wie allen jungen Menschen zu teil werden. Dazu gehören ein sicherer

Aufenthaltsstatus, entsprechende Beratungsangebote für aufenthaltsrechtliche Fragestellungen und der Zugang zu schulischer, beruflicher oder universitärer Ausbildung. Darüber hinaus müssen es ausreichend, altersgerechte und professionelle psychotherapeutische Angebote zur Verfügung stehen. Für unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige, die sich in jugendhilferechtlichen Zuständigkeiten befinden, muss eine den individuellen Bedürfnissen entsprechende Hilfe gewährleistet werden.

In Angeboten der Jugendverbandsarbeit gelingt es junge Geflüchtete einzubinden, ihnen die Teilhabe an außerschulischen Bildungsangeboten zu ermöglichen und einen Raum zum Ausprobieren, Kontakte knüpfen und Einbringen zu schaffen. Jugendverbände konnten in den letzten Jahren nicht nur die eigenen Strukturen für diese Zielgruppe öffnen, sondern auch regelmäßige Angebote innerhalb der eigenen Strukturen etablieren. Diese Strukturen konnten verstetigt, Kompetenzen im Themenbereich erlangt sowie eine Sensibilisierung und Professionalisierung zum Thema Flucht erreicht werden. Gleichzeitig zeigte diese Öffnung, dass die Arbeit mit jungen Geflüchteten besondere Fragen und Themen hervorbringt. Vor allem der Umgang mit potentiell traumatisierten Kindern und Jugendlichen ist für ehrenamtliche Jugendverbandsstrukturen eine große Herausforderung. Er benötigt professionell begleitete Reflexionsformate und Supervisionen für Ehren- und Hauptamtliche.

Die Entwicklungen in bestimmten Herkunftsländern machen leider deutlich, dass dieses Thema nicht an Aktualität verliert. Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hat zur Folge, dass wieder mehr Menschen in Deutschland Schutz suchen. Viele die vor den Taliban flohen sind jung. Sie benötigten Angebote der Jugendhilfe, psychologische Unterstützung und altersentsprechende Freizeitangebote. Auch die Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen brauchen diese Unterstützung. Auf der Flucht waren und sind viele Frauen und Kinder. Das hat direkte Auswirkungen auf die Jugendarbeit. Um auf diese Herausforderungen reagieren zu können, benötigt es weitere und vor allem dauerhafte Fördermittel und langfristige Strategien. Es muss möglich sein, auf aktuelle Situationen reagieren zu können, die bereits vorhandenen Ressourcen zu nutzen und gleichzeitig verstetigte Strukturen zu schützen.

: Forderungen

Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften beenden

Eine Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften ist nicht kindgerecht und geeignet. Gemeinschaftsunterkünfte bringen Gefahr von Gewalt und Unsicherheit mit sich und dienen nicht dem Kindeswohl. Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen und vor allem von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung, muss zwingend alters- und entwicklungsgerecht gestaltet sein. Kein vorhandener Rückzugsraum, keine kindgerechte Infrastruktur und das Zusammenleben mit vielen fremden Menschen bringt für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung keine Stabilität und Sicherheit. Dinge, die junge Menschen als Grundlage ihres Aufwachsens und die Möglichkeit ihrer persönlichen Entwicklung und Entfaltung dringend benötigen. Die Landesregierung muss dringend geeignete Wohnformen bzw. Wohnraum für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellen und die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften beenden.

Jugendbildungs- und Freizeitreisen ermöglichen

Geflüchteten Kindern und Jugendlichen steht entsprechend Art. 31 der UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf freie Teilnahme an Kulturveranstaltungen zu. Dies bedeutet, dass sie unabhängig von ihrer Nationalität oder ihres Aufenthaltsstatus das Recht auf Partizipation an unseren Bildungs- und Kulturmaßnahmen haben. Besonders bei Freizeiten und Veranstaltungen, die außerhalb Deutschlands stattfinden, gestaltet sich die Umsetzung dieser Rechte für Jugendverbände aufgrund von beispielsweise Residenzpflicht oder anderen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes als bestenfalls schwierig bis unmöglich. Eine Ausnahme hier bilden Schulen mit der Möglichkeit, Schüler_innen unabhängig ihres Aufenthaltstitels und auch während laufender Asylverfahren in Form von „Schüler_innen-Sammellisten“ bzw. „Schüler_innen-Reisendenlisten“ bei Klassenfahrten und Studienreisen ins Ausland mitnehmen zu dürfen. Wir fordern, dass auch Jugendverbänden als anerkannte Träger der Jugendhilfe diese besondere Möglichkeit zugesprochen werden muss und die UN-Kinderrechtskonvention besonders im Bezug auf geflüchtete Kinder und Jugendliche ernsthaft und konsequent in Deutschland umgesetzt wird.

Langfristige Projektförderung sichern

Um die Teilhabe junger Geflüchteter nachhaltig zu gewährleisten und zu sichern, benötigt es eine langfristige Projektförderung auf Landesebene. Mit einer langfristigen und flächendeckenden Projektförderung kann die Jugendverbandsarbeit auf aktuelle Situationen und Veränderungen reagieren und gleichzeitig die Angebote an davon abhängige zielgruppenspezifische Bedürfnisse anpassen und somit die kontinuierliche Arbeit mit jungen Geflüchteten sicherstellen. Jugendverbände müssen in der Lage sein, aufgebaute Strukturen aufrechtzuerhalten und nicht von einer mittelfristigen Förderung abhängig sein. Gleichzeitig können langfristige geförderte Projekte eine fachliche und inhaltliche Unterstützung von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit bieten. Unterschiedliche Qualifizierungsmaßnahmen, Vernetzungstreffen und Austauschformate helfen Aktiven in der Jugendarbeit sich weiterzubilden, fachliche Angebote für junge Geflüchtete zu konzipieren und sich zu Fragen und Herausforderungen im Themenfeld auszutauschen. Aber auch Strukturen aufzubauen und diese zu sichern.

Psychotherapeutische Angebote ausbauen

Aus der Erfahrung der Jugendverbandsarbeit der letzten Jahre im Arbeitsbereich junge Geflüchtete wird deutlich, dass viele junge Geflüchtete therapeutische Unterstützung und Angebote benötigen. Junge Menschen mit Fluchterfahrung bringen traumatische Erfahrungen, Verluste und Gewalterfahrungen mit sich. Die Auswirkungen dieser Erfahrungen werden immer auch im Kontext der jugendverbandlichen Angebote mit den jungen Menschen spürbar und sichtbar. Jugendverbandsarbeit kann es nicht leisten, diese Bedarfe abzudecken, aufzufangen oder mit den jungen Menschen zu bearbeiten. Diese Aufgabe liegt ganz deutlich in der Verantwortung von Fachkräften der Sozialen Arbeit und Psychotherapeut_innen. Haupt- und Ehrenamtliche vor Ort kommen in der alltäglichen Arbeit an die Grenze des Leistbaren. Um jungen Geflüchteten die Hilfe und Unterstützung zu geben, müssen die psychotherapeutischen Angebote für junge Geflüchtete landesweit unbedingt ausgebaut werden. Dabei müssen außerdem angemessene Zugänge geschaffen werden und die Angebote an der Zielgruppe ausgerichtet werden.

: Mit politischer Bildung Demokratiegefahrungen entgegenwirken

Wir erleben aktuell viele problematische gesellschaftliche Entwicklungen: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer, die Diskursverschiebung nach rechts hat die extreme Rechte und ihre Ideologie gestärkt, Wissenschaftsfeindlichkeit ist präsenter geworden. Und wir befinden uns in einer Klimakrise, die unsere Lebensgrundlage bedroht. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sorgt international für Unsicherheit in Politik und Gesellschaft. Das alles verstärkt die Ungerechtigkeit weltweit und vor Ort, verleiht Verschwörungserzählungen Auftrieb und ist eine Gefahr für die Demokratie. Rechter Terror, wie der rassistische Terroranschlag in Hanau und die steigende Anzahl antisemitischer Übergriffe sind Ereignisse, mit denen sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene auseinandergesetzt werden muss. Diese Phänomene wirken sich stark auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus. Sie sind davon besonders betroffen, weil sie mit den Folgen des heutigen Handelns länger leben müssen. Junge Menschen leben heute mit dem Gefühl einer unsicheren Zukunft und einer wachsenden Zahl von Krisen. Ihr Start ins Leben sollte anders aussehen.

Politische Bildung bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich mit den Themen auseinanderzusetzen, die sie beschäftigen. Sie ist ein wichtiger Teil der Demokratie: als Teil der politischen Auseinandersetzung und als Teil der Demokratisierung. In krisenhaften Zeiten kommt ihr eine besonders wichtige Rolle zu: kritisches Denken fördern, Bestehendes hinterfragen, eigene Positionen entwickeln und zum individuellen und kollektiven Handeln ermutigen. Politische Bildung darf aber nicht als Lösung für alle Probleme unserer Zeit verstanden werden. Sie kann keine Verantwortung für politische Entscheidungen tragen, aber sie kann dabei unterstützen, bessere zu treffen. Dafür braucht es qualifizierte Haupt- und Ehrenamtliche, die politische Bildung umsetzen. Politische Bildung muss attraktiv sein für junge Menschen, die sich engagieren möchten. Träger brauchen daher förderliche Rahmenbedingungen, um dieses Engagement zu ermöglichen. Das bedeutet einerseits, ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu haben, um junge Menschen qualifizieren, betreuen und angemessen honorieren zu können. Für gute politische Bildungsarbeit ist das entgegengebrachte Vertrauen gegenüber Trägern unabdingbar, um autonomes Handeln zu ermöglichen.

Politische Bildung unterstützt junge Menschen dabei, eine eigene Haltung zu entwickeln und kann daher nicht neutral sein. Lernprozesse sollen ermöglichen, Respekt gegenüber

Menschen geübt und Zivilcourage gestärkt werden. Politische Bildung bietet Raum für gesellschaftliche Kontroversen und unterschiedliche Positionen. Sie macht Demokratie erleb- und erfahrbar. Gleichzeitig verdeutlicht und verinnerlicht politische Bildung, dass Äußerungen und Handlungen aktiv widersprochen werden muss, die die Würde von Menschen verletzen. Eine besondere Rolle kommt dabei der selbstorganisierten Jugendarbeit zu: dort wählen Kinder und Jugendliche selbst die Themen aus, mit denen sie sich beschäftigen und gestalten so aktiv politische Bildung mit.

Politische Bildung findet an unterschiedlichen Orten statt. Sie findet in kommunalen Jugendbildungswerken, den Jugendverbänden im Hessischen Jugendring und überregionalen Bildungseinrichtungen statt. Viele Formen politischer Bildung, die nicht innerhalb dieser Förderlogik stattfinden, werden über Landes- oder Bundesprogramme finanziert. Diese Form der Projektförderung betrifft einen in den letzten Jahren gewachsenen Kreis an Trägern. Für Projekte, die auf kurzfristige Ereignisse reagieren, kann diese Form der Förderung sinnvoll sein. Andere Formen politischer Bildung bedürfen einer langfristigen Förderung.

Politische Bildung sollte auch in ländlichen, infrastrukturell schwächeren Regionen stattfinden. Wichtiger Akteur ist hierfür das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in der Trägerschaft des hjr. Als Teil eines bundesweiten Netzwerks setzen freiwillig Engagierte Projekttag und Workshops vor allem für Jugendliche um. Thematisiert werden neben Rassismus und Rechtsextremismus auch Sexismus und Queerfeindlichkeit, Antisemitismus und Klassismus. Das NDC erreicht auch Jugendliche in ländlichen Regionen Hessens; ein Ausbau dieser Aktivitäten ist wünschenswert. Ein weiteres Instrument der außerschulischen politischen Bildung in Hessen sind die U18-Wahlen. Bei ihnen können Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wählen und ihre Stimme abgeben. Sie können so zeigen, wo sie sich positionieren, ihre Themen einbringen und öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen, damit Politiker_innen sich mit ihren Belangen auseinandersetzen. Kinder und Jugendliche werden durch die U18-Wahl unterstützt, das demokratische System zu verstehen und sich eine eigene Meinung zu bilden.

: Forderungen

Politische Bildung für Kinder und Jugendliche ausbauen und aufwerten

Die außerschulische politische Jugendbildung lebt vom Engagement in freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe. Ihr Engagement ist durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Angebote und gute Rahmenbedingungen abzusichern. Das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) muss dem gerecht werden und politische Bildung als eigenes Handlungsfeld abbilden. Für die politische Bildung mit Kindern muss im HKJGB endlich eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

Projektförderung in Strukturförderung überführen

Der erfolgreiche Aufbau der zahlreichen Projekte der Demokratieförderung und der politischen Bildung im entsprechenden Landesprogramm seit 2015 muss fortgesetzt werden. Hier ist es dringend geboten, etablierte und auf Dauer angelegte Projekte besser auszustatten und abzusichern. Für das Netzwerk für Demokratie und Courage, als größtes landesweites Projekt der politischen Bildung, ist dringend eine dauerhafte Finanzierung herzustellen. Der mehrjährigen Projektförderung muss eine Strukturförderung für die Demokratieförder-Projekte folgen, um nachhaltig und professionell weiterzuarbeiten. Ein eigenes Demokratiefördergesetz für Hessen sollte die gesetzliche Grundlage für die Zusammenarbeit von Landesregierung und Trägern bilden.

U18-Wahl als Angebot der politischen Bildung fördern

Eine Landesförderung ist notwendig, damit sich Kinder und Jugendliche anlässlich der Wahlen in Hessen politisch informieren und bilden können. Nur eine gute finanzielle Ausstattung stellt sicher, dass durch die U18-Wahl landesweit Zugänge zu politischer Bildung hergestellt werden und Kinder und Jugendliche in eigenen U18-Wahllokalen über die Parteien und ihre Programme abstimmen können.

Zivilgesellschaft vor Angriffen von Rechts schützen

Das zivilgesellschaftliche Engagement zur Demokratieförderung lässt Aktive und Organisationen immer wieder zum Ziel von Verleumdung, Delegitimierung, aber auch Bedrohung und Gewalt werden. Damit dieses Engagement nicht einbricht, braucht es Unterstützung, Solidarität und Schutz durch den Staat. Darüber hinaus ist Vertrauen wichtig: Projekte der Demokratieförderung dürfen nicht anlasslos in ihrer demokratischen Haltung in Frage gestellt werden. Für Betroffene von Bedrohung und Gewalt sind ausreichend Opferberatungsstellen zur Verfügung zu stellen. Auch für Organisationen mit Beratungsbedarf muss eine kostenlose Unterstützung sichergestellt werden.

: Impressum

Impressum

Hessischer Jugendring e. V.
Schiersteiner Straße 31-33
65187 Wiesbaden
info@hessischer-jugendring.de
www.hessischer-jugendring.de

Die Jugendpolitischen Forderungen wurden auf der Sitzung der Vollversammlung des Hessischen Jugendrings am 19. November 2022 beschlossen.

Redaktion

Klaus Bechtold, Lisa Hofmann

Grafisches Konzept und Gestaltung

Wigwam, Berlin

1. Auflage: 2.500 Exemplare

Wiesbaden, Februar 2023

Gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft.

Diese Broschüre kann auf www.hessischer-jugendring.de bestellt werden.

Informationspflicht nach Art. 13 + 14 DSGVO unter www.hessischer-jugendring.de/datenschutz/



Umweltfreundlich gedruckt:
Klimaneutral produziert mit
Biodruckfarben und Papier
aus nachhaltiger Forstwirtschaft.



Hessischer
Jugendring